

JOACHIM WIESNER

## Die neuen politischen Protest-»Bewegungen« in zeitgeschichtlicher und demokratie-theoretischer Sicht

Der 17. September 1982 – der Tag, an dem der damalige Bundeskanzler *Helmut Schmidt* die dreizehnjährige Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten zu Ende gehen ließ<sup>1</sup> – dürfte, wenn nicht alle

<sup>1</sup> Die unmittelbar nach dem Zerbrechen der sogenannten »Sozial-Liberalen-Koalition« seitens der SPD (insbesondere im Wahlkampf für die zehn Tage später stattfindenden Hessischen Landtagswahlen vom 25. September) werbewirksam verbreitete These vom »Verrat« der FDP an der Regierung ist schlicht unwahr: *Schmidts* Vertrauter und Staatssekretär des Presse- und Informationsamtes, *Klaus Bölling*, hat in seinen Tagebuchaufzeichnungen (zum 14. und 15. September 1982) ausdrücklich festgehalten: »Heute (14. 9., der Verf.) stellt der Kanzler eine neue Strategie zur Diskussion, nämlich das Lambsdorff-Papier [. . .] zum Anlaß für den großen Schnitt zu machen und Kohl zu Neuwahlen zu drängen.« – »Um 19.00 Uhr (am 15. 9., der Verf.) bin ich (Bölling, der Verf.) beim Kanzler. Die Entscheidung ist klar [. . .]. Übermorgen (Freitag) wird der Kanzler im Bundestag also Neuwahlen vorschlagen [. . .]. Zu dem jetzt beschlossenen Konzept gehört die Entlassung der vier FDP-Minister. Für die vier dann vakanten Ressorts will Schmidt amtierende sozialdemokratische Minister ernennen [. . .]. Dann hätten wir jene Minderheitsregierung, die [. . .] als denkbare Entwicklung diskutiert worden war«. In: *Klaus Bölling*, *Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt*. Ein Tagebuch, Reinbek 1982, 57, 61 f.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende *Mischnick* hat in der Bundestagsdebatte zum konstruktiven Mißtrauensvotum vor der parlamentarischen Öffentlichkeit unwidersprochen vorgetragen: »Herr Bundeskanzler, Sie haben am 17. September in einem Gespräch, bevor Sie hier Ihre Rede hielten, deutlich gemacht, daß diese Koalition zu Ende geht. Ich habe Sie gefragt, ob das in Ihrer Rede steht. Sie haben mir geantwortet: Ja. Ich habe Sie gefragt, ob Sie erwarten, daß die Minister der Freien Demokraten zurücktreten. Sie haben das bestätigt. Ich habe Ihnen gesagt: Wenn das nicht geschieht, werden sie dann entlassen. Sie haben mir das bestätigt.

Herr Bundeskanzler, ich möchte allerdings auch hinzufügen: wenn Sie dann zulassen, daß das als Verrat gekennzeichnet wird, enttäuscht mich das tief.« In: *Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht*, 118. Sitzung, Bonn, Freitag, den 1. Oktober 1982. Sp. 7159 ff., hier Sp. 7181 B/C (= Plenarprotokoll 9/118).

Über die partei-immanenten geistigen, strukturell-funktionalen und personellen »Krankheitssymptome« der SPD, die für das Zerbrechen der Regierung mitverantwortlich gemacht werden können, hat in einer – zwar sehr polemischen, dennoch lesenswerten – Aufarbeitung *Helmut Herles*, *Machtverlust oder Das Ende der Ära Brandt*, Stuttgart 1983, die wichtigsten Fakten und Ursachen zusammengestellt. – Einen Überblick über die Vorgänge der letzten Phase bietet *Klaus Kellmann*, *So stürzte Schmidt*. Zu Vorgeschichte und Ablauf des Machtwechsels, in: *Die Politische Meinung* 28 (1983) H. 208, 7 ff.

Anzeichen täuschen, auf lange Sicht als ein historisches Datum in der deutschen Nachkriegsgeschichte gewertet werden. Wir behaupten hier nichts Geringeres, als daß der 17. September 1982 den Endpunkt der zweiten Nachkriegsphase und den definitiven Beginn des dritten Abschnittes in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Sind wir – an diesem Wendepunkt stehend – Zeitzeugen eines tiefgreifenden politischen Wandels? Denn bei den nachfolgenden Bundestagswahlen vom 6. März 1983 zog – erstmals wieder nach 1957 – eine vierte Partei, und zwar direkt (ohne »Huckepack«-Unterstützung durch eine große Partei, die ihr ggf. Wahlkreise kampfflos überließ, wie die CDU 1957 der damaligen Deutschen Partei), in den Bundestag.

Überhaupt war dieses Wahlergebnis auch im zeitgeschichtlichen Vergleich herausragend: Nur noch der Kommunistischen Partei (KPD) war es 1949 mit 5,7% und der Flüchtlingspartei Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) 1953 mit 5,9% der Stimmen gelungen, im Bundestag vertreten zu sein. Und nur noch in drei weiteren Fällen vermochte es eine Partei in der Folge von zehn Wahlen in 34 Parlamentsjahren, wenigstens bis knapp unter die Fünfprozentmarke zu gelangen: 1949 die Deutsche Partei mit 4,0%, 1957 der GB/BHE mit 4,6% und 1969 die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei (NPD) mit 4,3% der Stimmen. Auch in absoluten Zahlen gemessen hat niemals eine Viertpartei – wie jetzt Die Grünen mit 2,167 Mio. (= 5,6%) der Stimmen – einen solchen Erfolg errungen; denn den 5,9% Anteilen des BHE von 1953 lagen nur 1,6 Mio. Stimmen zugrunde, den 5,7% der KPD von 1949 nur 1,34 Mio.<sup>2</sup>.

Im Gegensatz zu den untergegangenen Parteien haben Die Grünen derzeit auch eine sozialstrukturell konsolidierte Basis: sie sind eine Art von »Jugendprotest-Partei«, der alle demoskopischen Prognosen des Spätjahres 1983 einen konstanten Stimmenanteil von 5–7% zusprechen. Die Grünen als Partei stellen die politisch organisierte Komponente einer weitaus umfassenderen »Bewegung« dar, die aus einander überlappenden »Einzelthemen-Bewegungen« besteht: Öko-, Friedens-, Frauen-, Dritte Welt-, (Teile der) Bürgerinitiativ-Bewegung – als die bekanntesten – haben miteinander die Kritik an der bestehenden Gesellschaft, an ihren Werten, ihrer Form und ihrer Politik gemeinsam und erstreben in Teilen nicht nur eine Reform des Bestehenden, sondern eine grundsätzlich

---

<sup>2</sup> Statistische Angaben nach *Peter Schindler*, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages (1949 bis 1982), hrsg. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages, Bonn 1983, passim, sowie nach Tabellen bei *Georg Lehmann*, Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49 – 1981, München 1981, passim.

andere Lebensauffassung, Lebensweise und Kultur: die Bewegungen wollen eine *alternative* Kultur und Politik.

Darin eingeschlossen ist auch das Ziel einer alternativen Demokratie. Dieser besondere Aspekt – nicht die gesamt-kulturelle Position und Funktion der neuen Protest-Bewegung – ist Gegenstand unserer Untersuchung. Wir versuchen, die Kategorien demokratie-theoretischer Bewertung des neuen Protest-Phänomens aus Elementen der politischen Geistesgeschichte der Bundesrepublik Deutschland – soweit man diese zu erkennen vermag – und der zeitgeschichtlichen Entwicklung ihrer politischen Ordnung – ihrer »Verfassungswirklichkeit« – zu gewinnen.

## I. ORTSBESTIMMUNG DER GEGENWART

### 1. *Methodische Bemerkungen über die Möglichkeit, sein eigenes Zeitalter zu betrachten*

Das Anliegen dieser Untersuchung, die neuen sozialen und politischen »Bewegungen«<sup>3</sup>, wie sie sich seit den ausgehenden 70er Jahren ausgeformt

---

<sup>3</sup> Der Begriff der »Sozialen Bewegung« ist begrifflich, insbesondere organisationstheoretisch unbestimmt, weil die Sache der »Bewegung« nicht empirisch präzise bestimmbar ist; diese kann sich sowohl auf gesellschaftliche Teilbereiche mit spezifischen Merkmalen beziehen (Arbeiterbewegung, Jugendbewegung, Umsturzbewegung usw.) als auch innerhalb einer Organisation, eines Verbandes bestehen (z. B. in der Kirche: Liturgie-Bewegung). Vor allem ist für den zeitgenössischen Beobachter nur schwierig festzustellen, ob es sich bei einer Mehrzahl von (z. B. politisch protestierenden) Gruppen, Personen, Versammlungen usw. noch um eine Summe von Einzelercheinungen oder aber schon um eben eine »Bewegung« handelt. In ihrem Selbstverständnis neigen die Mitakteure solcher Vorgänge und Zeitströmungen eher zu einer vorschnellen Feststellung, daß man jetzt oder seit geraumer Zeit eine »Bewegung« darstelle.

So ist – trotz der inzwischen unreflektiert-geläufigen Bezeichnung der hochschulpolitischen Protest-Ereignisse der ausgehenden 60er Jahre durchaus zweifelhaft, ob es sich damals um eine Studenten-»Bewegung« (oder gar – was schnellzüngige Publizistik und empirisch unsolide arbeitende linke Wissenschaft oft behaupteten – um eine Studenten-»Revolte«) gehandelt hat. Gerade *Rudi Dutschke* hat die Mikrostruktur des politischen Protestes um den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als »die Existenz eines relativ breiten Lagers von sektiererisch-revisionistischen und sektiererisch-ultra-links-opportunistischen Grüppchen« bezeichnet; vgl. seinen Brief über das Sektierertum vom 25. 6. 1971, in: *Rudi Dutschke*, *Geschichte ist machbar*. Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens, Berlin 1981, 129ff., hier: 133f. Bestreiten würde ich, ob es – wie von den Mitwirkenden und auch in zahlreicher Literatur behauptet – inzwischen eine Frauen-»Bewegung« gibt oder ob es sich nur um eine (vielerorts erkennbare) Artikulation von Frauenproblemen und Fraueninteressen handelt; selbst die – mehr oder weniger für die deutsche Geistesgeschichte wirksam gewordene – »Jugendbewegung« war stets nur eine von Einzelpersonen, einzelnen Gruppen getragene Summe von Einzelaktivitäten, »stets die Bewegung einer Minder-

haben, zu begreifen, sie zu identifizieren, zu charakterisieren – entweder in der Kontinuität demokratischer Entwicklung der Nachkriegszeit oder als neuartigen Fremdkörper – verlangt es, die für Protestverhalten relevanten Charakteristika der vorausgegangenen Nachkriegsabschnitte zu eruieren und in Beziehung zur politisch-kulturellen Gegenwart zu bringen.

Eine solche zeitübergreifende Ortsbestimmung unseres eigenen historischen Standortes innerhalb des geschichtlichen Ablaufes, jetzt unmittelbar vor Beginn des fünften kriegsfreien Nachkriegsjahrzehnts und genau fünfzig Jahre nach dem Anfang der *Hitler*-Tyrannei, erscheint deshalb notwendig, weil man sonst Gefahr liefe, zufällige Tagesereignisse und kurzfristig-aktuelle Entwicklungen zu verwirren mit langfristigen zeitgeschichtlichen Linien, so daß man dann der Gefahr erliegen könnte, den historisch-politischen Durchblick zu verlieren.

Der Zeitgenosse soll freilich seine eigenen Beobachtungen der politischen Gegenwart nicht leichtfertig schon als historische Ereignisse definieren. Denn historische Entwicklungen und Umwälzungen vollziehen sich unterschwellig, verdeckt, oftmals unerkennbar; der revolutionäre Ausbruch, der das Neue auch als solches sogleich sichtbar macht, ist der äußerst seltene Fall. Selbst Vertragsabschlüsse und Staatsakte sind in der Regel nur die förmlichen Manifestationen und Endpunkte von längst wirksam gewordenen Veränderungen.

Dieser geschichtsmethodisch und geschichtsphilosophisch notwendige Zweifel verlangt deshalb, vorsichtig zu sein bei der zeitgenössischen Feststellung von historischen Daten. Dennoch haben wir eingangs das

---

heit«; vgl. *Walter Laqueur*, Die Deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie, Köln 1962, Studienausgabe 1978, 7.

Aus der Sicht politisch-soziologischer Theorie zusammengefaßt, hat die Schrift von *Otthein Rammstedt*, Soziale Bewegung, Frankfurt 1978, wichtige Kriterien und historische Elemente des Sozialphänomens »Bewegung«. Die spezifisch politikwissenschaftlich bezogene Fragestellung wird in einem vorausgegangenen Aufsatz desselben Autors herausgearbeitet; vgl. *Otthein Rammstedt*, Soziale Bewegung – Modell und Forschungsperspektiven, in: Argumente in der Energiediskussion, hrsg. von *Hans Matthöfer*, Bd. 3: Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen, Villingen 1977, 477 ff. Die bei *Rammstedt*, 1978, 31 f., zitierte Literatur ist zu ergänzen durch historisch-soziologisch bedeutsame Arbeiten wie von: *Eckart Pankoke*, Soziale Bewegung – Soziale Frage – Soziale Politik. Grundfragen der deutschen Sozialwissenschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1970; *Werner Conze*, *Dieter Groh*, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Stuttgart 1966; Soziale Bewegung und politische Verfassung, hrsg. von *Ulrich Engelhardt u. a.*, Stuttgart 1976; *Florian Deltgen*, »Bewegung« als historischer und soziologischer Begriff, Köln 1970.

Ende der SPD-FDP-Koalition *Schmidt-Genscher* als ein historisches Datum definiert, das die zweite große Nachkriegsphase abschließt.

Methodisch wird deshalb in diesem Beitrag versucht, für die Bundesrepublik Deutschland Indikatoren und Bestimmungsfaktoren des historischen Wandels einzelner zeitgeschichtlicher Abschnitte und ihrer Grenzen herauszuarbeiten. Dieser Frageprozeß mag als solcher bereits von intellektuellem Reiz sein; doch ist ein derartiges Suchen und Versuchen – im Hinblick auf unsere Generalthematik – eher zu begreifen als ein noch unsicheres, herantastendes Bemühen um die Identifikation eben jener neuartigen politischen Entwicklungen, die man seit geraumer Zeit die »Neuen Sozialen Bewegungen« nennt<sup>4</sup>. Denn sie selber – diese neuartigen Strömungen und Kräfte – sind bereits Symptome, sind Indikatoren und Bestimmungsfaktoren der zweiten Phase der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland – und gewiß auch der dritten –, die nunmehr angebrochen zu sein scheint.

Wenn nun die eingangs formulierte These richtig ist, daß mit dem Ende der kleinen linksliberalen Koalition 1982 die zweite Phase der westdeutschen Nachkriegsgeschichte ihren Schlußpunkt erhalten hat, so ist es schlicht sachlogisch, nach dem Anfangspunkt dieser zweiten Phase und damit nach dem Ende des ersten Abschnittes zu fragen.

Für diese Zeitbestimmung kann man sich auf einen kompetenten Gewährsmann berufen, der die Geschichte selbst mitgestaltet hat: auf den zweiten Kanzler dieser Bundesrepublik.

---

<sup>4</sup> Eine umfassende politik-theoretische Analyse der jüngsten Protestentwicklungen bietet jetzt *Karl-Werner Brand*, *Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz*, Opladen 1982. Zwar aus ideologischem Blickwinkel, doch umfassend behandelt der Sammelband des vom DKP-»Institut für Marxistische Studien und Forschungen« (IMSF) in Frankfurt am Main herausgegebenen »Jahrbuch(es) des IMSF 5/1982 – Marxistische Studien« das Thema; darin ist generell zu beachten der Beitrag von *Kaspar Maase*, *Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch? Zu einigen Momenten außerparlamentarischer Bewegungen in der Bundesrepublik*, 10ff. Neben diesem Sammelband ist für die Kenntnisnahme der präzisen orthodox-kommunistischen Einstellung zu der neuen sozialen Strömung das Buch des DKP-Vorstandsmitglieds *Dr. Robert Steigerwald* zu nennen: *Protestbewegung. Streitfragen und Gemeinsamkeiten*, Frankfurt am Main 1982.

Historisch-systematische Gesamtdarstellungen, die distanziert die Ereignisse bis zur Gegenwart hin langweilig aufarbeiten, sind im Spätjahr 1983 erschienen und wurden hier berücksichtigt; vgl. z. B. *Gerd Langguth*, *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983; *Karl-Werner Brand u. a.*, *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt, New York 1983.

Als *Ludwig Erhard*, damals schon zwei Jahre im Amt, nachdem er die Nachfolge *Konrad Adenauers* in der Mitte einer Legislaturperiode übernommen hatte, seine ersten (»eigenen«) Bundestagswahlen als Kanzler gewonnen hatte, formulierte er in seiner Regierungserklärung:

»Dieses Jahr 1965 liegt hinter jener weltpolitischen Phase, die wir als Nachkriegszeit bezeichnen – die Nachkriegszeit, in der die Bundesrepublik entstand, in der sie zunächst als Objekt der Weltpolitik, später als aktiv handelnde Macht Gewicht erlangte. Die Nachkriegszeit war weltpolitisch betrachtet keine ›Friedenszeit‹. Sie war Jahre hindurch bestimmt durch den Zerfall der im Kriege siegreichen Mächtekoalition in zwei Blöcke.«<sup>5</sup>

Im Rückblick erweist sich die Markierung des Endes der ersten Nachkriegsphase in der Mitte der 60er Jahre als richtig. Aber es sind eben nicht nur die außenpolitischen Rahmenbedingungen, die die zeitgeschichtlichen Abschnitte unterschiedlich kennzeichnen und die *Erhard* im Blick hatte, sondern es sind auch jene innenpolitischen Entwicklungen insgesamt, die die Nachkriegsgesellschaft damals allmählich, aber nachhaltig, veränderten, und die nunmehr – in den vor uns liegenden achtziger Jahren – sich erneut so tiefgreifend zu verändern scheinen, daß wir damit den Beginn des dritten Nachkriegsabschnittes erkennen zu können glauben. Unsere hier erörterte Fragestellung nach den »Neuen Sozialen Bewegungen« stellt im Ensemble der die einzelnen Phasen charakterisierenden Faktoren eine ganz gewichtige Thematik dar. Sie ist sogar wichtig dort, wo sie fehlt; die Abwesenheit von sozialen und politischen Protestbewegungen ist ebenso signifikant für eine Phase der Nachkriegszeit wie ihre Existenz.

Wir stellen deren Bedeutung in den Zusammenhang einer staats- und verfassungspolitisch orientierten Behandlung dieses Generalthemas, um damit zu verdeutlichen, daß es sich mit dem Aufkommen und der Etablierung dieser Bewegungen eben nicht nur um ein kurzlebig-aktuelles, sozio-politisches Phänomen oder gar nur um ad hoc-Ereignisse handelt, sondern daß sich hier eine politische Langzeit-Entwicklung ausformt, die in geistiger, institutioneller und funktionaler Hinsicht Staat und Politik der Bundesrepublik Deutschland entscheidend mitgestaltet hat und weiterhin mitzuprägen verspricht.

Was kennzeichnet nun *unsere* Gegenwart, wenn wir sie als Anfangsstufe der *dritten* Nachkriegsphase der Bundesrepublik begreifen, und was

---

<sup>5</sup> Regierungserklärung vom 10. November 1965, hier zitiert nach: Die Regierungserklärungen der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von *Hans Ulrich Behn*, München, Wien 1971, 149 ff., hier 150.

unterscheidet sie von den vorausgegangenen beiden zeitgeschichtlichen Abschnitten?

## II. DEMOGRAPHISCHER WANDEL UND PSYCHO-SOZIALE KONSEQUENZEN IN DER DEUTSCHEN NACHKRIEGSGESCHICHTE

Zunächst ist auf die ganz einfache – in der zeitgeschichtlichen und politisch-systematischen Literatur kaum gewürdigte – Tatsache hinzuweisen, daß nach vierzig Jahren Nachkriegszeit auch vierzig Lebensjahrgänge unserer Gesellschaft »Nachkriegskinder« sind. Wer seinerzeit den Krieg in der Mitte seines Lebens (also etwa vierzig- bis fünfzigjährig) erlebt hat und der heute noch lebt, gehört etwa zu den Geburtsjahrgängen zwischen 1895 – war bei Kriegsende also fünfzigjährig – und 1910, war damals also höchstens 35jährig. Diese Generation ist heute 80 Jahre alt und noch älter und mindestens 70 Jahre alt. Diese Generation stellt jedoch quantitativ derzeit nur noch einen Bruchteil unserer Bevölkerungspyramide dar.

Die jüngsten aus denjenigen Altersjahrgängen, die bei Kriegsende noch Kinder waren und sich heute noch mit einigermaßen Bewußtsein an die Kriegsergebnisse erinnern können, sind inzwischen auch schon rund 50 Jahre alt, haben also derzeit jenes Lebensalter erreicht, das die damalige Kriegsgeneration bei Kriegsende hatte. Selbst die allerjüngsten Hitlerjungen-Soldaten von 1945 – damals 15-/16-Jährige, Angehörige der Jahrgänge 1929/30 – sind heute 55/56 Jahre alt; sie gehen – wie man so sagt – »auf die Sechzig zu«; sie werden Rentner.

Dieser demographische Befund hat psycho-soziale Konsequenzen.

Die Nachkriegsgesellschaft unseres Jahrzehnts ist erlebnis- und lebenserfahrungsmäßig allenfalls nur noch in einem Drittel ihrer Bevölkerung geprägt von den Umständen und Ereignissen, vom Leidgefühl und von den Erlebnisgehalten des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und den Bitternissen der Nachkriegszeit.

Oder umgekehrt gerechnet: Vierzig Altersjahrgänge dieser unserer heutigen Gesellschaft, davon allein 25 Erwerbsjahrgänge, leben nur noch aus den Erfahrungen und den Bewußtseinslagen unserer Nachkriegszeit. Sie sind aufgewachsen unter ganz anderen Umständen, mit ganz neuen Begleitern in ihrer Umwelt, z. B. mit dem Fernsehen als selbstverständlicher Alltagseinrichtung, mit den Segnungen einer kriegslosen Zeit (was in der Terminologie unserer Elterngeneration seinerzeit noch mit der Phrase »im Frieden« bezeichnet worden war!). Die jungen Jahrgänge haben die

deutsche Teilung als Faktum erlebt und inzwischen unreflektiert akzeptiert; fast die Hälfte der Schüler meinte 1981, die DDR sei Ausland<sup>6</sup>.

Die Jugendlichen kennen das Wiedervereinigungsbegehren nicht mehr als eine unerfüllte Sehnsucht oder erleiden es gar – wie die Heimatvertriebenen – als Schmerz, als Verlust der Heimat, wie es die ältere Generation noch weithin empfunden hatte. Die junge Nachkriegsgeneration fährt Auto mit 18 Jahren und reist in den Ferien in entfernte Länder, was die Kriegsgeneration sich erst mühsam und entbehrungsreich hatte erarbeiten müssen. Die Heranwachsenden und sogar schon die jetzt bereits 35-Jährigen sind in ihrer Kinderzeit nicht nur satt geworden, sondern sie wurden wohlgenährt; Hunger und physische Überlebensängste, Kälte und Wohnungsnot, wie sie bei Kriegsende und in der Nachkriegszeit langhin vorherrschten, sind ihnen fremd. Sie wachsen in einem hochdifferenzierten Bildungssystem auf, und sie haben (sieht man von den erst jetzt eintretenden Verwerfungen kontroverser Bildungspolitik ab) in der Regel alle ausbildungsmäßigen Chancen geboten bekommen.

Nicht zuletzt aber empfinden die nachgewachsenen Generationen bereits als prinzipielle Mängel unserer Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung, was die ältere Generation – mit dem vergleichenden Blick aus leidvoller eigener Erfahrung – nur als akzidentielle Defekte bewertet hätte.

Eigene Welterfahrung und neuartige Bewertungskriterien der Nachkriegsgenerationen, unterschiedliche politische Einschätzungen und Werteverhaltensweisen stellen nicht etwa nur die »normalen« Generationsprobleme zwischen Eltern und Jungen dar, sondern sie sind zu differenzierenden Kategorien geworden zwischen Generationen mit ganz unterschiedlichen geschichtlich-politischen Leidenserlebnissen der älteren bzw. Nachkriegserfahrungen der jüngeren Generation. Diese unterschiedlichen Werthaltungen und Erfahrungen sind qualitativ so grundsätzlich voneinander verschieden, daß sich der sonst natürliche Generationsgegensatz sozialpsychisch zu einem politischen Generationskonflikt aufzuschaukeln droht.

Tatsächlich beobachten wir in unserer Gesellschaft eine tiefgehende politische Strukturierung, die etwa bei der Altersgrenze der jetzt 30–35-

---

<sup>6</sup> Ergebnis einer Erhebung des Infratest-Instituts bei 1500 Jugendlichen in der Bundesrepublik im Alter von 14–21 Jahren zwischen April und Juni 1981 über ihren Informationsstand und ihre Einstellung gegenüber der DDR; vgl. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Aktenzeichen Z 10/La – 78023 – 35 012/82, Bonn 1983; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 173 vom 29. Juli 1983, 3: »Fast die Hälfte der Schüler meint: Die DDR ist Ausland.«



Jährigen verläuft und die mit völlig unterschiedlichen Wertesystemen korrespondiert. In der Generation der Unter-25-jährigen ist die Andersartigkeit gegenüber der mittleren und älteren Generation noch tiefgehender und noch tiefgreifender als zwischen den 35- bis 40-Jährigen einerseits und den älteren Jahrgängen andererseits<sup>7</sup>.

<sup>7</sup> Die Wählerschaft der Grünen (insgesamt mit 100% genommen) gliederte sich generationenmäßig bei der Bundestagswahl 1980 im Lande Nordrhein-Westfalen folgendermaßen: Die Hälfte ihrer Stimmen kamen aus den Reihen der Erst- und Zweit-Wähler (18- bis 25-Jährige), reichlich ein Viertel der Stimmen kam von den älteren Jugendjahrgängen der 25- bis 35-Jährigen, und nur jeweils etwas über 10% aus den beiden Generationen der 35- bis 45-Jährigen und der 45- bis 60-Jährigen; nur reichlich 5% der Grünen-Wähler waren 60 und mehr Jahre alt; vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, Nordrhein-Westfalen: Bundestagswahl 1980, Heft 5, 78 f.: »Stimmabgabe (Zweitstimmen) nach Geschlecht, Altersgruppen und Gemeindegrößenklassen«.

Dabei fällt bereits für 1980 und für dieses Industrieland auf, daß die regionale Verteilung zwischen Großstädten und kleineren Orten – innerhalb der Grünen-Wählerschaft größenordnungsmäßig ungefähr gleich ist, sogar mit einer leichten Tendenz von höheren Jugendanteilen unter den Grünen in kleineren Orten.

Die regionale Homogenität der Grünen ist auch aus den bundesweiten Wahlkreisergebnissen (natürlich mit leichten Abweichungen nach oben und unten) der Bundestagswahl 1983 erkennbar. Solche Daten sind Indikatoren dafür, daß die Wählerschaft der Grünen weder klassen- noch konfessions- noch regional-spezifisch ist, sondern allein generationentypisch und daß eine gewisse zeitliche Kontinuität und Stabilität des Wählerpotentials angenommen werden muß.

Die sozialstrukturellen Daten der Landtags- und der Bundestagsfraktion der Grünen spiegelt diese wähler- und mitgliedschaftlichen Charakteristika wider: sie präsentieren sich »als außerordentlich junge Partei«, beruflich aus dem Dienstleistungssektor (mit dem Schwerpunkt Erziehung/Sozialwissenschaft/Kommunikation und einem auch funktionell ambivalenten Überhang an Pädagogen), dem politischen Herkommen nach fast zur Hälfte aus linken Bewegungen seit APO-Zeiten, aus kommunistischen und linken Splittergruppen stammend; vgl. dazu *Helmut Fegt*, Die Grünen in den Parlamenten der Bundesrepublik. Ein Soziogramm, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 14 (1983) 500 ff.

Einen differenzierteren Einblick nach unterschiedlichen Wertanschaffungen zwischen verschiedenen Lebensaltern ermöglicht eine (unveröffentlichte) Allensbacher Erhebung von 1981 (Institut für Demoskopie Allensbach: Befragung von Panel-Mitgliedern, Mai 1981, IfD-Archiv-Nr. 4103) etwa bei der unterschiedlichen Sympathie zu Reizwörtern wie Kernenergie, Wirtschaftswachstum, USA, Technologie, Vaterland, Alternatives Leben, NATO, Konsum, Fortschritt u.ä. oder zur Einstellung hinsichtlich der Bewertung von sexueller Freiheit in der Gesellschaft, der Wichtigkeit von Arbeit im Leben, der außenpolitischen Bindung mit den Amerikanern oder der Einschätzung des NATO-Doppelbeschlusses. Signifikant weichen darin wieder die Bewertungen und Einstellungen seitens der Anhänger der Grünen ab von denen anderer Sozialgruppen; die radikalen Gegensätze spalten also noch einmal – quer zum Generationenunterschied – die Generationskohorte der Bis-zu-35-Jährigen in sich.

Gründe und Hintergründe gesellschaftlichen Verhaltens und des Protestes behandelt und erarbeitet auch die sogenannte »Jugend-Enquête« des Deutschen Bundestages; vgl. Bericht der Enquête-Kommission »Jugendprotest im demokratischen Staat« gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 26. Mai. 1981, BT-Drucksache 9/2390 vom 17. 1. 1983.

### III. BESTIMMUNGSFAKTOREN DER ERSTEN NACHKRIEGSPHASE: VOM KRIEGSENDE BIS ZUR MITTE DER SECHZIGER JAHRE

Versucht man, weitere Kriterien zusammenzustellen, die über den längeren Zeitraum hinweg das politisch-geistige Leben der Nachkriegszeit und seine konkreten Formen unterschiedlich ausgeprägt haben, so wird man leicht die erste Phase der Nachkriegszeit gebildet sehen aus den beiden Abschnitten der unmittelbaren Nachkriegsjahre 1945–1949 und der daran anschließenden Gründungs-, Aufbau- und Konsolidierungsphase des neuen Staates.

Zwischen der sogenannten »Stunde Null« des Jahres 1945 und dem Wiederbeginn demokratischer Staatlichkeit, als im Jahre 1949 der Drei-Westzonen-Staat Bundesrepublik Deutschland ins Leben trat, waren sowohl die materiellen, die geistigen als auch die formalpolitischen Kriterien dergestalt, daß man von einer Phase *zwischen* den Epochen wird sprechen dürfen – gelegen zwischen dem Zeitalter der Weltkriege seit 1914/18 bis 1945 einerseits und der eigentlichen Nachkriegszeit des geteilten aber wieder aufstrebenden Deutschlands, mit der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes von 1949 an bis heute, andererseits. Für die *Erhardsche* These, daß 1965 die Nachkriegszeit bereits zu Ende gewesen sei, daß also von 1949 ab bis ungefähr zu *Erhard* hin ein einziger – in sich kohärenter – Zeitabschnitt zu beobachten wäre, spricht allein schon die vordergründige Tatsache, daß zwischen 1949 und 1963 ein einziger Bundeskanzler den politischen Kurs des neuen Staatsschiffes lenkte, *Konrad Adenauer*, dessen Leitung so eindrucksvoll war, daß man seine Regierungszeit dann »Die Ära Adenauer« nannte.

Die beiden Kabinette *Ludwig Erhards*, der 1963 absichtsvoll mitten in einer Legislaturperiode das Kanzleramt von *Adenauer* übernahm (also sein erstes Kabinett bis zur nächsten Bundestagswahl 1965 und seine zweite Regierung, die er 1965 bildete, die aber ein Jahr später schon wieder zerfiel und der »Großen Koalition« *Kiesinger/Brandt* Platz machte), kann man heute als Ausklang dieser ersten großen Phase der Nachkriegszeit bewerten. Allerdings herrschte bei den Zeitgenossen damals der Eindruck vor, mit *Erhard* würde eine längst etablierte Entwicklung lediglich kontinuierlich und nach gleichen Kriterien fortgeführt. Aber das zweite Kabinett des zweiten Kanzlers (1965–66) trug bereits den Keim der Auseinandersetzung in sich, die zum baldigen Zerfall dieser Regierungsformation überhaupt und zur Bildung der sogenannten »Großen Koalition« aus CDU/CSU und SPD führte.

Diese wiederum war ihrerseits nur Brücke zu einer ganz neuartigen politischen Gruppierung, der sogenannten »Sozial-Liberalen« Koalition, gebildet aus der SPD als dominanter Partei und den Freien Demokraten als Koalitionspartner. Sie hat 13 Jahre hindurch (1969–1982) die deutsche Gesellschaft und die außenpolitischen Beziehungen gestaltet und umgestaltet, hat Neuartiges geschaffen, das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, hat neue Strukturen ausgeformt, deren funktionale Konsequenzen auch über die Zeitgrenze dieser Nachkriegsphase hinausreichen.

### *1. Geistige Tendenzen: Überlebenswille und Aufbauleistung*

Das politische Denken und Wollen der ersten Jahre nach 1945 war geprägt vom Erlebnis des Unrechtsstaates des Nationalsozialismus, von Kriegserlebnis und Kriegserleiden; bei den damals mindestens Dreißig-/Fünfunddreißigjährigen und bei den Älteren wirkte auch noch das Erlebnis des Versagens der Weimarer Republik nach. Das Fühlen und Sehnen bei allen, den Kindern eingeschlossen, wurde lange von traumatischen Erfahrungen der eigenen Lebensgeschichte überschattet, von den Bombennächten, der Vertreibung aus dem Osten, dem Tod der Väter und Söhne, von der Not der Nachkriegsjahre. Er mündete ein in den Zwang zum schlichten Überleben. Dieser Zwang aber wurde schließlich bejahte Lebenseinstellung, die Not zu überwinden.

Dieser Überlebenswille in diesem deutschen Volke (damals benutzte man noch nicht den heute inflationär gewordenen Begriff der »Gesellschaft«) war beeindruckend stark; die Überlebensfähigkeit trotz Not und Pein war groß. Das Arbeitskräfte- und Intelligenzpotential der Deutschen (in heutiger Terminologie gesprochen: ihr Human Capital) stellten die einmalige und glückhafte Voraussetzung dafür dar, daß es zu einem so beeindruckenden und unbestrittenen wirtschaftlichen Wiederaufbau kommen konnte, trotz der staatlichen und wirtschaftlichen Amputation des einstmaligen starken und angesehenen Deutschen Reiches.

»Gebeugt, tief gebeugt, aber [. . .] nicht gebrochen«, rief der erste Kölner Oberbürgermeister nach 1945 – *Dr. Konrad Adenauer* – der ersten Stadtverordnetenversammlung nach dem Kriege in deren erster Sitzung zu: »[. . .] Wenn man auf der rechten Rheinseite steht, mitten unter den Trümmern [. . .], wer möchte dann nicht verzweifeln ob der Größe dieser Not! Und doch wollen wir nicht verzweifeln. Wir wollen arbeiten. Es ist ein harter und steiniger Weg, der vor uns liegt. Wir sehen nur seinen trümmerbedeckten Anfang. Wir sehen nicht sein Ende. Wir wollen diesen

Weg gehen. Wir wollen ihn gehen mit aller Kraft, die uns noch verblieben ist. Wir wollen ihn gehen mit Geduld, die stärker ist als alles, mit hingebender Liebe zu unserem Volke und zu unserer Stadt [. . .]. So wollen wir gemeinsam ans Werk gehen, gebeugt, tief gebeugt, aber [. . .] nicht gebrochen!«<sup>8</sup>

Solche Worte waren Ausdruck einer Gesinnung und Kraft, die das westliche Restdeutschland schließlich wieder aufsteigen ließen, Grundausdruck eines Deutschlands, das seine zertrümmerten Städte wieder aufbaute, seine hungernden Menschen wieder ernährte, das bald auch mit Respekt sogar im Kreise der Siegnationen wieder aufgenommen und angesehen wurde. Entstanden ist schließlich ein westdeutscher Rumpfstaat, der sich in den 60er Jahren und seither als eine bedeutsame wirtschaftliche und politische Mittelmacht etabliert hat – den Siegermächten England und Frankreich ebenbürtig, von den Großmächten Sowjetunion und USA respektiert, von letzteren beiden auch als bedeutsamer militärischer Faktor eingeschätzt.

Konnte die Generation der Schützengräben-Soldaten und Trümmerfrauen im Jahre 1945 nur den Anfang des mühevollen Weges in eine damals trostlos scheinende Zukunft sehen, und ging sie diesen steinigen, perspektivlosen Weg dennoch, so können die Heutigen auf den Verlauf dieses Weges und auf das Ergebnis der geschichtlichen Wanderschaft zurückblicken.

Aber die Bewertung der seinerzeitigen Leistung ist inzwischen – zum Erstaunen der Zeitgenossen, die den Weg mitgegangen sind – kontrovers geworden. Schon Ende der 60er, mehr noch in den 70er Jahren wurden Wiederaufbauwillen und -leistung als bloße materielle, gar materialistisch orientierte Grundhaltung diskreditiert. Neuere sozialwissenschaftliche Diskussion hat sich mit dem Wandel der Werthaltungen in den Nachkriegsgesellschaften, die Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen, befaßt und ist u. a. zu dem Resultat gelangt, daß bis zum Ausgang der 60er Jahre sich eine materielle Wertorientierung, bei der daran anschließenden Generation jedoch eine »post-materialistische« (und das will heißen: mehr an geistigen Werten orientierte) Zielsetzung erkennen lasse<sup>9</sup>.

<sup>8</sup> Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, 33.

<sup>9</sup> Diese These wird vor allem durch Ronald Inglehart vertreten: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton, New Jersey, 1977; im Überblick dazu: *Ders.*, Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*, hrsg. von Helmut Klages und Peter Kmiecik, Frankfurt a. M., New York <sup>2</sup>1981, 279ff. Von einer alternativen Position aus behandelt das Problem Hartmut Bossel, Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft. Neue

Aus der Sicht derjenigen Generation, die damals sowohl eine erlebnismäßige Anteilnahme als auch derzeit eine wissenschaftliche Beurteilungskompetenz vorweisen kann, muß eine solche Bewertung der geistigen Grundlagen und Verhaltensweisen der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte kritisiert werden. Hier ist nicht der systematische Ort, die sogenannte »Wertewandel«-Debatte zu führen. Aber hervorzuheben ist, daß es gerade die Rückbesinnung auf »nicht-materielle« Werte war, auf die naturrechtlichen Grundlagen einer freiheitlichen Staatsgestaltung, auf die Wohlfahrtsorientierung eines wettbewerblichen Sozial- und Wirtschaftssystems, auf das Prinzip subsidiärer Sozialpolitik, auf die Ideen von Gemeinwohl und Frieden, die die Politiker und auch die Bevölkerung von damals prägten und motivierten. Leicht können die Angehörigen der nachgewachsenen Generation, die durch die Vorleistungen jener arbeits- und entbehrungsreichen Phase überhaupt erst in dem Umfange alimentiert werden konnten, wie dies später geschah, heute als höherrangig bewerten, was ihnen leichter zugänglich ist, ja was geradezu bequem zu verwirklichen ist: Wem es wohlergeht, der kann leichter Ideale haben als der Hungernde. Es stellt nichts Geringeres als ein groteskes Mißverständnis der Leistung der Nachkriegsmänner und Nachkriegsfrauen, der Kriegermütter und Kriegerwitwen, der Kriegsbeschädigten und Kriegsgeschädigten dar, der Heimatlosen und ihrer Motivation und tatsächlichen Arbeit zum Wiederaufbau, eine bloß vordergründig-materielle, ja materialistische Orientierung zu unterstellen. Ein derartiges Urteil Nachgewachsener mißdeutet nicht nur deren eigene zeitgeschichtlich-historische Position im Ablauf der Nachkriegsjahrzehnte, sondern verschätzt sich auch in der eigenen empirischen Wahrnehmungsfähigkeit und Systematisierung historischer Zusammenhänge.

## 2. Die neuen Rahmenbedingungen: *Weltpolitische und innerstaatliche Neuordnung*

Mehrere institutionelle Bestimmungsgründe sind es gewesen, die die – auch im international vergleichenden Maßstab – atemberaubende erstaunliche Entwicklung Nachkriegsdeutschlands begünstigt haben.

---

Leitbilder, neue Werte, 30 Szenarien. Ein Alternativ-Bericht des Öko-Instituts Freiburg/Br., Frankfurt a. M. 1978. Hinsichtlich der Veränderungen im sozio-kulturellen-politischen Bewußtsein vergleiche die jüngst erschienene, empirisch präzise Arbeit von *Helmut Klages, Willi Herbert*, Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M., New York 1983. Speziell im Hinblick auf die (gerade in unserer Studie behandelte) parteienstaatliche Problematik: *Heidrum Abromeit*, Parteiverdrossenheit und Alternativ-Bewegung. Thesen zur Weiterentwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift 23 (1982) 178 ff.

*Außenpolitisch* bedeutsam für Deutschland insgesamt war das Auseinanderbrechen der Kriegskoalition von Sowjetunion und Westmächten. Letztendlich begründete dieser Vorgang die deutsche Teilung auf Dauer. Hinsichtlich Westdeutschlands machte er die Einbindung des Reststaates in den Block der westlichen Demokratien notwendig. Mit der Entscheidung für die sogenannte »Westintegration« wurde aber auch die international-politische Sicherung der Freiheit der jungen Bundesrepublik Deutschland begründet und garantiert<sup>10</sup>.

*Wirtschaftspolitisch* führte in den Westzonen die Institutionalisierung eines neuartigen ökonomisch-politischen Rahmensystems, der sogenannten »Sozialen Marktwirtschaft«, zur physischen Sicherung einer politischen Ordnung, die sich wesentlich als neuartige geistig-politische Konzeption – eben als freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie – verstand. *Ludwig Erhard* und (sein nachmaliger Staatssekretär) *Alfred Müller-Armack* haben – auf der Grundlage der sogenannten »Neoliberalen Schule« der Nationalökonomie – hierzu die wesentliche geistige Grundlage geschaffen und dabei nicht nur wirtschaftstheoretische, sondern auch philosophische Orientierungen einbezogen: Aus der »Neoliberalen« wurde die »Ordo-Liberale« Wirtschaftskonzeption<sup>11</sup>.

In den späteren politiktheoretischen und ideologischen Kontroversen der ausgehenden 60er Jahre und der ersten Hälfte der 70er Jahre ist die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland häufig als »Kapitalismus« oder als »Kapitalistisches System« bezeichnet und interpretiert worden. Eine solche Qualifikation ist ordnungspolitisch falsch und wissenschaftssystematisch töricht. Sie verkennt die Komplexität dieses zugleich sozialstaatlich-subsidiären und liberalstaatlich-plurali-

---

<sup>10</sup> An grundlegender Literatur seien stellvertretend genannt die beiden Werke von *Klaus von Schubert*, *Wiederbewaffnung und Westintegration*. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952, Stuttgart 1970, und von *Hans-Peter Schwarz*, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Neuwied 1966, Stuttgart 21980.

<sup>11</sup> Über den genetisch-systematischen Zusammenhang handelt – meines Wissens noch immer gültig – die Arbeit von *Helmut Paul Becker*, *Die Soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik*, Heidelberg, Löwen 1965 (= Sammlung Politeia, Veröffentlichungen des Internationalen Instituts für Sozialwissenschaft und Politik, Universität Freiburg/Schweiz, Bd. 20), mit ausführlichen Bibliographien zu *Erhard* und *Müller-Armack* und allen grundlegenden Denkern beider ordnungstheoretischer Schulen. Als nach dem sogenannten »Machtwechsel« zur »sozial-liberalen« Koalition die Herausforderungen an die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungssystem bedrängender wurden, verfaßten *Erhard* und *Müller-Armack* ihr »Manifest '72«; vgl. *Soziale Marktwirtschaft. Ordnung der Zukunft. Manifest '72*, hrsg. von *Ludwig Erhard* und *Alfred Müller-Armack*, Frankfurt a. M. 1972.

stischen sozio-ökonomischen Systems; dieses organisiert nicht nur das Wettbewerbsprinzip freien Unternehmertums, sondern reguliert auch dessen kompetitives Verhalten durch wettbewerbsrechtliche Kontrollen, z. B. im Preisaufsichts- und Fusionsrecht, durch Verbraucherpolitik und Marktsteuerung<sup>12</sup>. Im übrigen zeigt die seit dem Beginn der 80er Jahre deutlich auftretende Überforderung des Sozialstaates, die schließlich in den Zusammenbruch der linksliberalen Koalition mündete, eine Überlastung des Wirtschaftssystems durch das Sozialsicherungssystem nicht nur im fiskalischen, sondern auch im parafiskalischen Bereich (Rentenversicherung, Krankenversicherungssysteme). Aber gegenüber dem Bild eines scheinbar reinen »Wirtschaftsliberalismus« stellt die sozialstaatliche Komponente durchaus eine selbständige Säule – neben der ökonomischen – innerhalb der gesamten Sozial- und Wirtschaftsordnung, eben dieser »Sozialen Marktwirtschaft«, dar<sup>13</sup>.

Für die Glieder der Gesellschaft als einzelne wichtig erscheint die Tatsache, daß innerhalb des Rahmens sozialer Marktwirtschaft sich das freie (wenngleich sozial kontrollierte) schöpferische Unternehmertum gleichermaßen entfalten konnte wie – und das wird in der polemischen Diskussion in der Regel übergangen, häufig sogar absichtsvoll unterschlagen – der Leistungswille der besitzlosen Schichten, der Arbeitnehmer und – das war in der Aufbauphase nach 1949 wesentlich – auch der besonders benachteiligten Habenichtse, der Heimkehrer aus dem Krieg, der Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten. Was der Arme allein besitzt für einen Aufstieg, sind Leistungswille und Leistungskraft. Sie muß er verwirklichen können.

*Verfassungspolitisch* waren es die speziellen staatspolitischen Vorkehrungen und Umstände, die die Bundesrepublik Deutschland zu einem stabilen demokratischen Staatswesen machten: Insbesondere das Grundgesetz als Verfassung mit ihren spezifischen Einrichtungen, die ein Wiederkehren der Weimarer Verhältnisse verhindern sollten, ist hier zu nennen<sup>14</sup>. Als bedeutsame Neuerungen und Umkonstruktionen, bezo-

---

<sup>12</sup> Vgl. *Heinz Lampert*, Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, München, Wien 1978 (= Geschichte und Staat, Bd. 107/108); *Viola Gräfin von Bethusy-Huc*, Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1976; *Heinz Lampert*, Sozialpolitik, Berlin, Heidelberg, New York 1980.

<sup>13</sup> Die doppelte Eigenschaft von Marktmechanismus und Gemeinwohlfunktion arbeitet *Wolfram Engels* in verschiedenen Aufsätzen heraus; *Wolfram Engels*, Den Staat erneuern – den Markt retten, Köln 1983.

<sup>14</sup> Noch immer gültig ist die Studie von *Friedrich Karl Fromme*, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur,

gen auf die funktional defizitären Vorgängereinrichtungen der Weimarer Republik, sind zu würdigen: das Institut des konstruktiven Mißtrauensvotums, die Institutionalisierung eines auf Kooperation angelegten Föderalismus, die Korrektur eines (letztendlich desintegrativ angelegten) Verhältniswahlrechts durch eine Fünfprozent-Klausel und die Beseitigung von sich gegenseitig blockierenden plebiszitär legitimierten Verfassungseinrichtungen (wie des volksgewählten Staatsoberhauptes Weimarer Prägung gegenüber dem gleichfalls volksgewählten Parlament)<sup>15</sup>. Das konstruktive Mißtrauensvotum hat wesentlich zur Ausformung einer starken »Kanzlerdemokratie« beigetragen. Hoch bedeutsam geworden – und auch für unsere Fragestellung nach den neuen, nämlich vorstaatlichen sozialen »Bewegungen« relevant – ist die stabilitätsbegründende Fünfprozent-Klausel des parlamentarischen Wahlrechts und die daraus resultierende Filterwirkung gegenüber radikalen (und damit in der Regel auch kleineren) politischen Parteien<sup>16</sup>.

---

Tübingen <sup>2</sup>1966 (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 12). Dazu *Eberhard Pikart*, Auf dem Weg zum Grundgesetz, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. von *Richard Löwenthal* und *Hans-Peter Schwarz*, Stuttgart 1974, 149 ff.

<sup>15</sup> Das gesamte Verfassungssystem, wie es durch das Grundgesetz begründet wurde und sich in bisher drei Jahrzehnten entwickelt hat, wurde Anfang der 70er Jahre durch eine Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages einer kritischen Analyse unterzogen. Bei aller Vielzahl der als möglich vorgeschlagenen Änderungen hat sich die Kommission doch gerade in denjenigen zentralen Bereichen, die wir oben skizziert haben, dafür ausgesprochen, die Strukturprinzipien des Verfassungssystems zu erhalten. Das gilt insbesondere für die von den Protestbewegungen seit den 60er Jahren geforderten größeren plebiszitären Komponenten. Zum Einzelnen: Beratungen und Empfehlungen zur Verfassungsreform. Schlußbericht der Enquête-Kommission Verfassungsreform des Deutschen Bundestages, in: Zur Sache, Hefte 3/1976 und 2/1977, hrsg. vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages.

<sup>16</sup> Daß diese Filterfunktion nicht wirksam genug sei, war die Auffassung derjenigen Politiker, Parteigruppierungen und Wissenschaftler, die Mitte der 60er Jahre eine Wahlrechtsform zugunsten eines »mehrheitenbildenden« Wahlrechts (etwa des britischen Typs der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen oder modifizierter Formen) führte. Die Große Koalition *Kiesinger/Brandt* hatte dieses Ziel sogar in ihr Regierungsprogramm von 1966 aufgenommen. Die damit verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen, insbesondere in der SPD (aber nicht nur dort), stellen einen der wesentlichen Gründe für das Zerfallen der CDU/CSU-SPD-Koalition dar. Das Aufkommen der Grünen 1983 auf Bundesebene zeigt, daß die seinerzeitigen Behauptungen von der Zulänglichkeit des jetzigen Verhältniswahlrechts zumindest hinsichtlich der Auslesefunktion des Verhältniswahlrechts nicht zutreffen. Daß die FDP längst das Opfer einer Reform – wäre sie tatsächlich durchgeführt worden – geworden wäre, liegt auf der Hand. Kontrovers bleiben wird deshalb immer, ob das politische System »demokratischer«, »plebiszitärer«, »besser« und dergleichen wäre, hätten wir es nur mit alternierenden Großparteien zu tun. Tatsache ist, daß – im Falle der Existenz eines solchen Wahlrechts – die Sozialdemokraten 1972 eine absolute Mehrheit bei den Bundestagswahlen erreicht hätten (und die Macht ohne FDP hätten ausüben können),



Schließlich ist der Glücksfall eines unabhängigen, persönlich lauterer und führungsfähigen Kanzlers – nämlich Dr. *Konrad Adenauers* – zu erwähnen, der den ersten vierzehn Jahren der Bundesrepublik dann seinen Stempel aufprägte und dieser Amtszeit seinen Namen gab.

### 3. *Innenpolitische Konsolidierung in den fünfziger Jahren: Konzentration des Parteiensystems*

Auf das hier behandelte Thema und unser besonderes Erkenntnisinteresse bezogen, die neueren politischen Protestbewegungen in ihrem systematischen und zeitgeschichtlichen Ort zu bestimmen, ist die Strukturentwicklung des Parteiensystems zu skizzieren. »Kanzler-Demokratie«, *Adenauers* Funktion und Fähigkeit, als Politiker zugleich »Integrations-Persönlichkeit« zu sein, sowie das Rechtsinstitut der Fünfprozent-Klausel im Wahlrecht wirkten hierbei zusammen. Es vollzog sich im Überschneidungsbereich von politischer Willensbildung der Gesellschaft in Richtung auf den Staat hin und in der vopolitischen Organisation von Staatlichkeit durch Parteien jene verfassungspolitische – d.h. für das Gesamtsystem bedeutsame – Strukturentwicklung des Sub-Systems der politischen Parteien, die man 1957 der erstaunten Weltöffentlichkeit als »das deutsche Wahlwunder«<sup>17</sup> erklären mußte und die das damals noch labile Staatswesen letztendlich vor »Weimarer Verhältnissen« bewahrt hat. Erst 1983 wieder ist – und das verbindet unsere Thematik von den Protestbewegungen mit den zeitgeschichtlich abgeschlossenen Strukturentwicklungen – mit dem Durchbruch der »Grünen« als einer neuen vierten Partei auch auf Bundesebene jene seinerzeit eingerichtete Struktur wieder aufgebrochen worden. Zwar hat sie noch keine »Bonner Verhältnisse« geschaffen; aber auf Länderebene sind bereits »Berliner Verhältnisse« (dort jedoch wegen der stadtpolitischen Besonderheiten komplizierter zu beschreiben)<sup>18</sup>,

---

die CDU seit 1976 ununterbrochen als alleinregierende Partei mit absoluter Mandatsmehrheit die Geschehnisse der Bundesrepublik Deutschland gestaltet hätte, dabei stets vorausgesetzt, daß die Wählerverhaltensweisen identisch geblieben wären. Die Bewertung der Wirkungsweisen dieser unterschiedlichen Wahlsysteme ist immer eine Frage der Bewertungsprämissen von Demokratie und Verfassungsstaat, erlaubt deshalb keine wertfreien abschließenden Aussagen.

<sup>17</sup> *Erwin Faul, Christian Baer*, Das Deutsche Wahlwunder, Frankfurt a.M. 1953.

<sup>18</sup> Im einzelnen hierzu die Wahlanalysen von *Klaus G. Troitsch*, Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Landtagen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (1971) 434 ff.; *Horst W. Schmollinger*, Die Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen vom 2. März 1975: Proteststimmen in der Krise? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6 (1975) 446 ff.; *ders.*, Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 18. März 1979, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 11 (1980) 167 ff.; *Hans-Joachim Fietkau*, Umweltbe-

1982 dann die (durch Neuwahl beendeten) »Hamburger Verhältnisse« sowie die 1982 erstmals zum Durchbruch gekommenen und mit der Wahl von 1983 wiederholten »Hessischen Verhältnisse« eingetreten<sup>19</sup>. Man darf sich jedoch von der Optik der derzeit stabilen Bonner Mehrheiten nicht täuschen lassen: Die starke Stellung der jetzigen Regierungsparteien CDU und CSU ist – unter der Herrschaft des Verhältniswahlrechts – eher singulär und damit als latent labil anzusehen. Würden CDU/CSU nur vier bis fünf Prozent an Zweitstimmen verlieren (was bei einer Regierungspartei als »Verschleiß« realistisch anzunehmen ist) und würde die FDP mit zwei Prozenten an Stimmenverlusten unter die Fünf-Prozent-Marke sinken und damit parlamentarisch ausscheiden (was die Landtagswahlen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vom März sowie die demoskopischen Befunde vom Jahresende 1983 gleichermaßen als denkbar erscheinen lassen), so wäre in einem dergestaltigen Dreiparteien-Parlament mit Grünen ohne Freie Demokraten die Unfähigkeit zur Koalitionsbildung nach Berliner, Hamburger (Juniwahl '82) und Hessen-Muster auch in Bonn institutionalisiert. Nur wo eine der beiden großen Parteien eine absolute Mandatsmehrheit erzielt (Baden-Württemberg, 1980: CDU; Niedersachsen, März 1982: CDU; Hamburg, Dezember 1982: SPD), funktioniert – trotz des Durchbruches der Grünen als vierter Parlamentspartei – das Regierungssystem<sup>20</sup>. Absolute Mehrheiten (mit Ausnahme der CSU in Bayern) sind jedoch stets gefährdet, und damit erweist sich das politische System der Bundesrepublik als latent labil. »Bonn« ist mit dem »Weimarer Virus« wieder infiziert; aber dieser Virus

---

wußtsein und Wahlverhalten, in: Zeitschrift für Umweltpolitik 1 (1979) 93 ff.; *Horst W. Schmollinger*, Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 10. Mai 1981: Einbruch der Sozialliberalen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14 (1983) 38 ff.

<sup>19</sup> Vgl. *Thomas Walter*, Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 6. Juni 1982, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 13 (1982) 482 ff.; *Ferdinand Müller-Rommel*, Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 19. Dezember 1982: Die neue Alte Mehrheit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14 (1983) 96 ff.; *Gerhard Franz u. a.*, Die hessische Landtagswahl vom 26. September 1982: Unberechenbarkeit der Wählerpsyche oder neue Mehrheit? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14 (1983) 62 ff.

<sup>20</sup> Zu den Landtagswahlen der Jahre 1982 und 1983 vgl. auch *Jürgen W. Falter*, Die bayerische Landtagswahl vom 10. Oktober 1982: Im Süden – beinahe – alles beim alten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14 (1983) 96 ff.; *Edwin Czerwick*, Die niedersächsische Landtagswahl vom 21. März 1982: Erfolg der CDU im Bundestrend, in: ebenda, 53 ff.; *Peter Haungs, Eckhard Jesse*, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 6. März 1983: Erste »Doppelwahl« in der Geschichte der Bundesrepublik, ebenda, 517 ff.; *Heinz Sabner*, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 13. März 1983: Wahl im politischen Umbruch, in: ebenda, 531 ff.

Die im Dezember 1983 veröffentlichten Umfrageergebnisse des Allensbacher Institutes für Demoskopie lauten: CDU/CSU: 50,7%; SPD: 39,6%; Grüne: 5,6%; FDP: 3,9%.

der »Weimarer Verhältnisse« hat in der Bundeshauptstadt noch Inkubationszeit.

Noch 1949 gab es im ersten Deutschen Bundestag insgesamt zehn politische Parteien<sup>21</sup>. Darunter waren CDU/CSU zusammengenommen und die Sozialdemokraten als ungefähr gleichstarke Parteien. Größenordnungsmäßig jedoch (bezogen auf unsere heutigen Verhältnisse) stellten sie damals allenfalls nur einen Typ von »mittelgroßen« Parteien mit rund 30% an Stimmenanteilen dar. Die Liberalen hielten 1949 knapp 12% – eine ihrer höchsten Stimmenmarken (mit der Ausnahme von 1961, und das restliche Feld rangierte in der Größenordnung von knapp 2% bis knapp 6%. Unter den kleineren Parteien waren radikale Extremisten der Rechten [Deutsche Reichspartei mit 1,8% an Stimmen] und gleichermaßen der Linken [KPD mit 5,7%]).

Zwei weitere regierungs- und staatstragende Parteien, die in den Kabinetten *Adenauers* bedeutsame Wiederaufbauleistungen erbracht haben, waren die norddeutsche evangelisch-konservative Deutsche Partei (hervorgegangen aus der vormaligen Niedersächsischen Landes-Partei – NLP), die seit 1949 bis 1957 Koalitionspartner war, sowie die erst bei den zweiten Bundestagswahlen (1953 – und auch dann nur für eine einzige Legislaturperiode) auftretende Flüchtlingspartei Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten – GB/BHE. Daneben gab es im ersten Bundestag noch das Zentrum und die Bayernpartei, die beide nicht an Bundesregierungen, wohl aber – wie das Zentrum in Nordrhein-Westfalen – zeitweilig auf Landesebene an Kabinetten beteiligt gewesen sind.

Alle diese kleineren Parteien rechts und links von CDU/CSU, SPD und FDP sind inzwischen verschwunden und weithin sogar vergessen. Bereits bei der dritten Bundestagswahl hatte sich das Parteiensystem auf drei Parteien konzentriert, wobei das Neuartige war, daß CDU/CSU stimmenmäßig sich aus der Größenordnung von etwa 30% (wie noch 1949) auf 45–47% vergrößerten, also die kleineren Parteien regionaler, konservativer und rechter Programmatik in sich aufzogen. Aber auch nur ein einziges Mal, nämlich bei der Bundestagswahl 1957, und seither nie wieder haben CDU/CSU insgesamt eine knappe absolute Mehrheit an Zweitstimmen errungen, die allein ihre Fraktionsstärke konstituieren.

---

<sup>21</sup> Ausführliche Zusammenstellungen für die Wahlentwicklung 1949–1980 bei *Hans-Georg Lehmann*, Chronik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1981, München 1981, 156ff., insbesondere Tabelle 2.6 »Gültige Zweitstimmen für sonstige Parteien nach ausgewählten Beispielen«, 162ff.

Nur 1983 wieder – dann jedoch auch nur im Bereich der Erststimmen – haben die christlichen Parteien die 50%Marke überschreiten können, ohne daß sie dieses Ergebnis auch auf die Zweitstimmen hätten übertragen können<sup>22</sup>.

In diesem Konzentrationsprozeß war es seither das Dilemma der Freien Demokraten, daß sie sich zunächst – bis 1962/66 – an der Seite der programmatisch in der Mitte und auf der gemäßigten konservativ-rechten Seite stehenden CDU/CSU zu profilieren hatten, sich dort dauernd einem – wie es damals salopp hieß – »Umarmungsdruck« ausgesetzt sahen und ständig unter der (fast profilneurotischen) permanenten Erwartung standen, sich diesem Umarmungsdruck durch politische Eigenprofilierung entziehen zu müssen. In der links-liberalen Koalition mit der SPD dann wurde die neue Verbindung als historische Neuerung gewertet, führte aber schließlich auch wieder zu einem analogen Verhaltenstypus. Letztendlich geriet (gegen Ende der 70er Jahre bis zum Zusammenbruch der SPD-FDP-Koalition) das strategische FDP-Konzept, »liberale Politik durchzusetzen«, auch nur zum Pendant der Anti-»Umarmungs«-Problematik in der CDU/CSU-FDP-Koalition.

Das FDP-Dilemma liegt im verfassungspolitischen – nämlich die Binnenstruktur der Exekutive bestimmenden – Faktor der Struktur des Parteiensystems und damit des Koalitionstypus' der Regierung begründet. In dieser Strukturproblematik ist einer der wesentlichen Mechanismen dafür zu sehen, daß die Freien Demokraten seit 1961 sich zunehmend von der CDU/CSU distanzieren, während der Großen Koalition 1966–69 unter dem Parteivorsitzenden *Walter Scheel* eine Linksorientierung vollzogen, 1969 sich der SPD als Koalitionspartner anschlossen und diesen Positionswechsel nicht nur in formal-taktischer Hinsicht, sondern auch in dann schnell nachgeholter programmatischer Verwandtschaft vollzogen. Umgekehrt ist 1982/83 die sogenannte »Wende« von der SPD-FDP-Koalition zu einer Regierungsmehrheit mit der CDU/CSU nicht mit derselben Intensität und Grundsätzlichkeit auf Seiten der Freien Demokraten eingetreten, wie dies seinerzeit 1969 hin zur SPD der Fall gewesen ist.

Das Dilemma ist somit institutionalisiert, und es ist deswegen nicht zu beseitigen. Mit dem erfolgreichen Durchbruch einer zunächst nur im vorstaatlichen Bereich agierenden Protestbewegung (der Umweltschützer, Alternativen, Friedensbewegung), jetzt in der parteiorganisatori-

<sup>22</sup> Vorläufige Wahlergebnisse in den verschiedenen Tageszeitungen vom 8. März 1983. Amtliche Wahlergebnisse in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden, hier zitiert nach: Das Parlament, Nr. 10 vom 11. März 1983, 1.

schen Form der »Grünen«, und zwar auf kommunaler, Länder- und Bundesebene, ist jedoch nunmehr die strukturell-funktionale und geistig-programmatische Problematik der FDP nicht nur zu einem Existenzproblem dieser Partei, sondern zu einem existentiellen Bestimmungsfaktor der Funktionsweisen des Parteien- und Regierungssystems überhaupt geworden.

#### 4. Destabilisierungstendenzen seit Ende der siebziger Jahre: *Auffächerung des Parteiensystems*

Die seinerzeitige Konzentration des Parteiensystems der fünfziger Jahre auf SPD, CDU/CSU und FDP erweist sich gerade im Lichte dieser aktuellen Wahlentwicklungen auf Länder- und Bundesebene (1980/1983) als ein nicht nur für die damals überlebenden Parteien günstiger Prozeß, sondern als hochbedeutsam für die Funktionsweisen des parlamentarischen Regierungssystems insgesamt: Seither hatte es – strukturell-funktionell gesehen – stets stabile Regierungen gegeben; lediglich aus Gründen der zwischenparteilichen Rivalität zwischen den Koalitionspartnern sind 1962, 1966, 1972 und 1982 Kabinette zerbrochen, niemals jedoch aufgrund einer durch die Struktur des Parteiensystems bedingten Disfunktionalität bei der Regierungsbildung, so wie dies das Wahlresultat auf Länderebene im Juni 1982 in Hamburg, 1982 und 1983 in Hessen gewesen ist und die Regel in der Weimarer Republik war. Mit diesem Konzentrationsprozeß und dieser funktionellen Stabilisierung durch Strukturentwicklung im gesellschaftlich-politischen Überschneidungs- und Vermittlungsbereich der politischen Parteien verschwanden für eine Weile nicht nur die extremistischen Parteien der Rechten und Linken (mit Ausnahme der NPD in sieben von zehn Landtagen, in die zwischen 1966 und 1968 hineingewählt worden war<sup>23</sup>, sondern eben auch die politischen Protestbewegungen unterschiedlicher Ausrichtung.

<sup>23</sup> Die damaligen – staatspolitisch gefährlichen, auf jeden Fall das internationale Ansehen der jungen Demokratie beeinträchtigenden – Wahlerfolge der NPD verdienen rekapituliert zu werden: Hessen (6. 11. 1966): 7,9%; Bayern (20. 11. 1966): 7,4%; Schleswig-Holstein (23. 4. 1967): 5,8%; Rheinland-Pfalz (23. 4. 1967): 8,3%; Niedersachsen (4. 6. 1967): 7,0%; Bremen (1. 10. 1967): 8,8%; Baden-Württemberg (28. 4. 1968): 9,8%. Mit der Bundestagswahl vom 29. 9. 1969, bei der die NPD bundesweit nur noch 4,1% der Zweitstimmen erzielte, begann der Abstieg der Partei. Ihre verdeckt gebliebene historische Bedeutung lag daran, daß dieses »rechte« Wählerpotential von 4,1% das Stimmenergebnis der CDU/CSU auf 46,1% verkürzte, so daß diese die absolute Mandatsmehrheit verfehlte (die bei etwa 48,5–49,0% an Stimmen erreicht wird) und damit strukturell überhaupt erst die stimmenmäßige Minderheitsregierung *Brandt/Scheel* (SPD: 41,7% und FDP: 5,8% = 48,5%, jedoch 224 und 30 = 254 Mandate gegenüber 142 von der CDU/CSU) als Mehrheit der Mandate ermöglichte. Analoge strukturierende Wirkungen durch die Grünen sind auch künftig möglich.

Mit deren Wiederaufleben jedoch seit Ende der 70er Jahre geht zugleich der allmähliche Niedergang der Freien Demokraten einher. Es findet also eine doppelschichtige Strukturveränderung statt: Die FDP wird aus ihrer funktionellen Schlüsselrolle als »Königsmacher« (der die Exekutive bestimmt) verdrängt, wie dies in den Landtagen von Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen der Fall war oder ist, wo die CDU/CSU eine absolute Mandatsmehrheit errang, oder sie wird überhaupt parlamentarisch eliminiert wie in den Bürgerschaften von Bremen und Hamburg, in den Länderparlamenten von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hessen; zugleich bricht »von unten« die politisch-soziale Protestbewegung als neue Parteiformation durch, wie im Abgeordnetenhaus von Berlin, in Bremen, Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg, und kann sogar – dies ist das verfassungspolitisch Neue – in einigen Ländern demokratische Mehrheiten (sieht man von dem Modell der übergroßen Koalition aus CDU und SPD ab) verhindern. Damit wird das Regierungssystem disfunktional, wenngleich zunächst nur auf der mittleren Ebene einiger Bundesländer. Es findet also eine spiegelbildliche Entwicklung seit Ende der 70er Jahre statt zu den Konzentrationsprozessen der ausgehenden 50er Jahre.

Eine derartige strukturell-funktionale Analyse erweist somit den Niedergang der Freien Demokraten nicht nur als eine Frage ihrer konkret-organisatorischen und partei-politischen Fortexistenz, sondern als ein Existenzproblem des Nachkriegs-Parlamentarismus' überhaupt. Zwar haben sich die Liberalen aus der seinerzeitigen »Umarmung« durch CDU und CSU mit ihrem Wechsel zur SPD hin lösen können; aber in den Armen der SPD sind nicht nur sie schließlich fast zu Tode gedrückt worden, sondern es droht das System selbst zu deformieren. Dabei war jener Wechsel der FDP mit einem programmatischen und mitgliedermäßigen Wandel der Binnenstruktur der Partei einhergegangen. Inzwischen aber haben die Anhänger- und Wählerschaften beider Großparteien die traumatische Erfahrung, daß mit den Freien Demokraten nur (zeitlich) begrenzt verlässliche Regierungsarbeit zu machen ist, so daß die fluktuierenden Wählerpotentiale der Liberalen diesen das Vertrauen bei der Stimmabgabe nunmehr in einer Größenordnung entziehen, die wegen der Wirksamkeit der Fünfprozent-Klausel deren endgültigen parlamentarischen Exitus bewirken kann.

Noch allerdings haben die Grünen in ihrer Funktion – und auch in ihrem programmatischen Selbstverständnis und in ihrer mitgliedermäßigen Sozialstruktur – die bisherigen Aufgaben der FDP nicht übernommen; sie wären ohnehin nur als linke Stütze von SPD-geführten Regierungen

denkbar. Darin liegt – abgesehen von der programmatisch-ideologischen Sprengwirkung – das funktionale Defizit des derzeitigen Zustandes der Verfassungswirklichkeit.

Die vergleichende Analyse der Strukturentwicklung des Parteiensystems und der daraus resultierenden Funktionsprobleme des Regierungssystems im parlamentarisch-gouvernementalen Bereich macht somit eine latente Disfunktionalität und damit Instabilität des Parlamentarismus' als politischer Form Nachkriegsdeutschlands sichtbar. Dieser Befund ist auf der Bundesebene durch die derzeit stabile CDU/CSU-FDP-Koalition mit ihrer absoluten Mehrheit überlagert; er wird im öffentlichen Bewußtsein auch nicht sensibel genug registriert.

Die strukturell-funktional relevanten Befunde lauten:

- SPD und CDU/CSU vermögen es nicht, die 50%-Marke der Mandate jeweils allein zu erreichen (wie in Hamburg, Hessen und Bonn, 1982 und 1983, erkennbar),
- Grüne und FDP changieren gleichermaßen entweder unter oder über der 5%-Marke (anders wäre es, wenn beide etwa 10% der Stimmen oder beide nur 2% hätten: dann würden die Mehrheitsverhältnisse zwischen den jeweils stärkeren Parteien zu einem Vierparteien-System oder zu einer Zweiparteien-Struktur sich klären),
- selbst im Falle des Erfolges der Freien Demokraten bei Parlamentswahlen aber bei gleichzeitigem Erfolg der Grünen ist auf der linken Seite des Parteienspektrums eine positive Regierungsmehrheit nicht mehr formierbar, sondern nur noch eine Negativopposition.

Daraus resultiert eine weitere bedeutsame Konsequenz für die künftige politische Situation der Bundesrepublik Deutschland insgesamt: Niedergang der Freien Demokraten und Aufstieg der Grünen haben eine zusätzliche mittelbare Wirkung auf die Sozialdemokratie. Schon in der Halbjahres-Phase der »Hamburgischen Verhältnisse« zwischen Juni und Dezember 1982 formten sich Willensbildungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Bürgerschafts-Fraktion aus, die eine qualitative – nämlich programmatische – Umorientierung gegenüber bisherigen Positionen erkennen ließen. Dies zeigte sich z. B. in der Stadtentwicklungs- und Energie-Politik Hamburgs.

In Hessen dagegen wurde nach den Landtagswahlen von 1982 durch die resolute sozial-demokratische Standfestigkeit des Ministerpräsidenten *Börner* eine solche Tendenz *zunächst* nicht wirksam – anders als dies bei dem eher opportunistisch agierenden Bürgermeister in Hamburg, *von Dohnany*, der Fall war.

Als sich jedoch aus den (nach Jahresfrist wiederholten) Septemberwahlen von 1983 die (inzwischen sprichwörtlich geworden) »Hessischen Verhältnisse« erneut einstellten (übrigens ein aus der Weimarer Republik bekanntes Strukturphänomen), trat die SPD im November danach in Verhandlungen mit den Grünen ein – trotz gegenteiliger Aussagen vor der Wahl –, und zwar mit dem erklärten staatspolitischen Ziel, die seit 1982 nur noch geschäftsführende Landesregierung als SPD-Minderheitsregierung durch eine Abstimmungsmehrheit aus SPD und Grünen förmlich wählen zu lassen, ohne auch eine Koalition zu bilden, sowie den Landeshaushalt durch ein eben solches Abstimmungsbündnis beschließen zu lassen.

Diese Tolerierungsverhandlungen, die von beiden Seiten mit Mißtrauen und gewisser Selbstverleugnung geführt wurden, gewinnen für das Regierungssystem des Parlamentarismus' verfassungspolitische Bedeutung, unbeschadet ihres mittel- und langfristigen Ergebnisses und ungeachtet der tiefgehenden programmatischen und staatspolitischen Divergenzen: Das hessische Vorgehen beginnt, zu einem »Hessischen Modell« zu werden, in dem eine in demokratischer Tradition stehende Partei, die Sozialdemokraten, und eine das repräsentativ-parlamentarische System programmatisch und in praktischer Aktion ablehnende Partei, die Grünen, miteinander kombiniert sind. Selbst dann wenn sie nicht miteinander koalieren, wird die SPD in funktionelle Abhängigkeit von der parlamentarisch-strukturellen Sperrminderheit der Grünen gedrängt. Die Grünen sind nicht förmlich an der Macht beteiligt – was ihrer programmatischen Identität als »Antipartei-Partei« entspricht –, aber sie stimmen als eine Art »Stiller Teilhaber« bzw. über eine Art »Schachtelbeteiligung« an der Mehrheit die (Unternehmens-)Politik des hessischen Politik-Managements mit, ohne dabei – um im Bilde der Betriebswirtschaft zu bleiben – für die Ordentlichkeit der Geschäftsführung und der Bilanzen (politisch) verantwortlich zu sein.

Auf Bundesebene zeigt sich diese mittelbare Wirkung auf die Sozialdemokraten seit der Bundestagswahl 1983 in der energiepolitischen Orientierung, in der wirtschafts- und sozialpolitischen »Philosophie« und insbesondere in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Was sich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre innerhalb der SPD vollzog und schließlich im Godesberger Programm von 1959 gipfelte, ereignet sich derzeit in umgekehrter Richtung – ganz parallel zu den zuvor erörterten Prozessen im Bereich der FDP und der Parteienstrukturen überhaupt – auch innerhalb der Sozialdemokraten.



Die SPD hatte in der ersten Nachkriegsphase – nämlich 1949–1965 und darüber hinaus bis 1972 – sich nur in kleinen, allerdings gleichmäßigen, Schritten langsam aus ihrem vormaligen sogenannten »Dreißig-Prozent-Turm« der Weimarer Republik auf 40% (1965) vergrößern können; als Regierungspartei und Repräsentantin einer damals neuen »Geistigkeit« gelang es ihr nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum vom April 1972 im Herbst jenes Jahres, also bereits in der zweiten Nachkriegsphase, ihren höchsten Stimmenanteil zu erringen. Dieser Wahlgipfel sollte sich nicht wiederholen. 1983 fiel die SPD dann wieder unter die 40%-Marke auf 38,9% der Zweitstimmen zurück. Auch diese quantitative Entwicklung der SPD kann man als Indikator für einen zeitgenössischen Einschnitt in unsere Jahren bewerten.

*5. Destabilisierungstendenzen in den achtziger Jahren:  
Schmälerung des demokratischen Konsensus?*

Lange haben die Themen der publizistischen, der wissenschaftlichen und allgemeinen Politikdiskussion hinsichtlich des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland als eines ersten, in sich anfangs noch labilen demokratischen Gemeinwesens der Sorge gegolten, inwieweit eine übermächtige, nicht-demokratische, z. T. sogar antidemokratische Tradition diese neue zarte Pflanze Demokratie erdrücken könnte. Der politische Glücksfall der 50er Jahre war, daß sich die Stimmen der Wähler ausschließlich auf die demokratischen Parteien konzentrierten: Der Rechtsextremismus fand keine Nahrung mehr nach den schrecklichen Erfahrungen der Nazi-Barbarei, der Linksextremismus der Kommunisten war durch das realistische Anschauungsfeld des sowjetischen Kommunismus' und seines Satelliten DDR zulänglich diskreditiert. Die Fluchtbewegung von insgesamt mehr als eineinhalb Millionen Deutscher aus dem Herrschaftsbereich der SED, vor und nach der Staatsgründung der DDR, war tatsächlich nichts Geringeres gewesen als eine »Abstimmung mit den Füßen«.

Der – seit geraumer Zeit, insbesondere von Angehörigen der jüngeren Generation, gescholtene – Anti-Kommunismus der fünfziger Jahre erwuchs aus der leidvollen Erfahrung einer Kriegsgeneration, die die Nachkriegszeit in Freiheit und Frieden leben und gestalten wollte. Dieser Umstand und diese kollektive Einstellung begünstigten die Konzentration der politischen Willensbildung insgesamt zugunsten eines Systems von ausschließlich demokratischen Parteien. SPD und CDU/CSU gewannen zusammen jeweils etwa 90% und mehr der Stimmenanteile; die FDP stockte dieses Datum dann in der Regel auf 97–98% auf. Erst mit

dem Aufkommen der Grünen und Alternativen bei der Bundestagswahl 1983 als einer selbständigen Partei-Formation (und zuvor bereits als grün-roten, bunten und alternativen Listenverbindungen auf Länderebene) hat diese Konzentration auf die drei bisherigen Parteien sich differenziert und leicht unter 95% reduziert. Es wird die künftige Entwicklung dahingehend zu analysieren sein, ob es sich bei den bisher erkennbaren Tendenzen um eine bloße Verlagerung zugunsten einer neuen, durch die Wählerschaft als demokratische Alternative angesehenen, Partei handelt oder aber um eine Reduktion des Demokratie-Potentials zugunsten einer systemgegnerrischen, fundamental-oppositionellen politischen Kraft, die sich nach Aussage einer ihrer Führungspersonen – *Petra Kelly* – als »Antipartei-Partei« begreift und das System verändern will<sup>24</sup>. Eine Antwort auf diese Frage wird man nur geben können, wenn man die weitere Entwicklung der Grünen als politischer Protestbewegung im vorparlamentarischen Bereich und zugleich als parlamentarischer Partei auf der konstitutionellen Ebene mit einbezieht.

#### *6. Eliminierung der politisch-sozialen Protest-Bewegungen in der ersten Nachkriegsphase*

Die zeitgeschichtlich-komparative Analyse erbringt das Resultat, daß – neben der funktional bedeutsamen Konzentration des Parteiensystems – die Existenz bzw. Nichtexistenz von Protestbewegungen des vorstaatlichen Bereiches (jedoch mit politisch-staatlicher Zielrichtung) den »politischen Charakter« eines Zeitabschnittes prägt. Der Niedergang der linksliberalen Koalition war von dem allmählichen Durchstoßen der parlamentarisch-staatlichen Schranken durch die Protestbewegungen, zunächst auf Länderebene, begleitet und geprägt; der abschließende Regierungswechsel von einer SPD-geführten zu einer CDU/CSU-geführten Koalition fiel zusammen mit dem Durchbruch der Protestbewegung auf die oberste parlamentarische Ebene des Bundes. Der formalen Änderung der Regierungsverantwortlichkeiten scheint eine materiell-qualitative Veränderung im sozio-politischen Fundament parallel zu gehen.

Umgekehrt ist – wie vorab schon erwähnt – für die Konzentrationsphase die Eliminierung der Protestbewegungen in den 50er Jahren konstitutiv.

---

<sup>24</sup> Spiegel-Gespräch: »Wir sind die Antipartei-Partei«. *Petra Kelly* über die politische Strategie der Grünen, in: *Der Spiegel*, Nr. 24 vom 14. Juni 1982, 47ff. Einen umfassenderen Einblick in das Denken und die Wertvorstellungen dieser Führungsperson bei Protestbewegung und Grünen bietet ihr Buch; *Petra Kelly*, *Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei ist eine grüne Zukunft*, Bornheim-Merten 1983.

Derartige »Bewegungen« sind organisations-soziologisch kaum zu fassen; historisch nachfolgende wissenschaftliche Aufarbeitungen solcher Sozialströme sind auf deren papierne und gesprochene Dokumentation angewiesen. Ihr informeller und organisatorisch unbegrenzt-fließender Charakter machen empirische Präzisionen, insbesondere aus späterer Perspektive, methodisch sauber geradezu unmöglich. Was deshalb aus der heutigen Sicht hinsichtlich der früheren Formationen und insbesondere hinsichtlich ihrer Qualität als »Vorgänger« heutiger Protestbewegungen gesagt werden kann, muß unter diesem methodischen Vorbehalt gewertet werden<sup>25</sup>.

Die Protest-Gruppierungen der ersten Nachkriegsphase, die sich symptomatisch ebenfalls als »Bewegungen« verstanden und bezeichneten, waren inhaltlich aus Themenkreisen gespeist, die auch heute wieder in der Debatte dominant sind und die deshalb eine gewisse Kontinuität oder zumindest Brücken-Beziehung erkennen lassen. Es handelte sich bei den damaligen Kontroversen um politisch höchst sensible Sachfragen und wegen ihrer quantitativ-großdimensionierten Problemstellung um solche, die für die engagierten Gegner oder Befürworter auch immer nur unzulänglich durchschaubar waren und deswegen notwendigerweise simplifizierbar sein mußten. Dazu gehörten auf deutscher und zugleich auf weltpolitischer Ebene die Frage der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland, ihre Eingliederung in das Bündnissystem der Westmächte – erst der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), dann der westeuropäischen Gemeinschaft (WEG) und schließlich des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses (NATO) – sowie (damit zusammenhängend) der ganze sowohl sicherheitspolitisch wie nuklear-technologisch für den Typus des Normalbürgers uneinsehbare, intransparente Problemkreis der Kernwaffenrüstung.

So entstand 1955 unter zeitweiliger maßgeblicher Mitbeteiligung von Gewerkschaften und parlamentarisch-oppositioneller Sozialdemokratie die sogenannte »Paulskirchen-Bewegung«. Später formierte sich eine Aktion »Kampf dem Atomtod«, an der die SPD unter *Ollenhauer* maßgeblich mitwirkte. 1958 jedoch trennten sich dann SPD und Gewerkschaften von diesen politischen Kräften und beschritten ihren eigenen Weg hin zum reformorientierten, die Westintegration, die europäische Sicherheitspolitik und das ökonomisch-soziale System der Sozialen

---

<sup>25</sup> Eine Hinführung zu den zeitgeschichtlichen Quellen für die Erschließung der frühen »APO« bietet *Rolf Seeliger*, *Die Außerparlamentarische Opposition*, München 1968.

Marktwirtschaft gleichermaßen bejahenden Godesberger-Programm von 1959<sup>26</sup>.

Seit 1960 formierte sich dann (nach dem britischen Vorbild der Aktion »Ban the Bomb«) auch in der Bundesrepublik Deutschland die sogenannte »Ostermarsch-Bewegung«, die ebenfalls eine »Kampagne für Abrüstung« darstellte, deren Echo in der Bevölkerung und deren Zulauf bei ihren öffentlichen Aktivitäten nur punktuell war und letztendlich auch zahlenmäßig gering blieb<sup>27</sup>.

Parteilpolitisch organisierte Aktivitäten solcher Bewegungen-Programm-atik erlagen in der Regel dem Fallbeil der Fünfprozent-Klausel des Wahlgesetzes. Das galt nicht nur für kommunistische »fellow-travellers« oder deren wohlmeinende Splittergruppierungen wie die damalige »Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher« (AUD) und für die spätere »Deutsche Friedens-Union« (DFU) oder für rechtsradikale Neugründungen wie die Sozialistische Reichspartei (SRP), die 1952 sogar in den Niedersächsischen Landtag gelangte, dann jedoch vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und damit verboten wurde. Die Fünfprozent-Klausel strangulierte auch solche idealistisch-demokratisch motivierten Parteineugründungen wie die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) des vormaligen CDU-Innenministers und späteren SPD-Bundespräsidenten Dr. *Gustav Heinemann*. Deren Nachwirkungen sind allerdings zumindest personell noch heute erkennbar, weil sich in ihr spätere Bundes- und Landespolitiker von Rang, wie *Erhard Eppler*, *Johannes Rau* und *Diether Posser* (außer *Heinemann*), befanden.

Ihnen allen, waren sie nun soziale »Bewegungen« mit politischer Zielrichtung oder waren sie bereits formal organisierte Parteien, wurde in der ersten Nachkriegsphase durch die oben skizzierte Strukturentwicklung im Parteiensystem, durch die erfolgreiche Wiederaufbauarbeit in wirtschaftlicher, innerstaatlicher und international-politischer Hinsicht der existentielle Nährboden entzogen. In der Folge davon gingen selbst vormals erfolgreiche und am Wiederaufbau aktiv mitwirkende Parteien wie die Deutsche Partei mit ihrem Schwerpunkt in Niedersachsen, die Bayernpartei und die Flüchtlingspartei GB/BHE zugrunde. Die zuvor

---

<sup>26</sup> Der Weg der SPD bis zu den beiden Regierungen *Brandt/Scheel* ist übersichtlich dargestellt bei *Susanne Miller*, Die SPD vor und nach Godesberg, in: Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, hrsg. von *Richard Löwenthal* und *Hans-Peter Schwarz*, Stuttgart 1974, 371 ff.

<sup>27</sup> Einen knappen, aber vollständigen Überblick bietet *Fred Karl*, Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung, Frankfurt a.M. 1981, 11 ff. (= Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF, Heft 10).

erörterte strukturelle Entwicklung des Parteiensystems im politisch-staatlichen Bereich hin zu einer hochgradigen Konzentration korrespondiert also mit dem Fehlschlag von solchen außerparteilichen aber politisch gehaltvollen und langfristig lebensfähigen »Bewegungen« im gesellschaftlich-vorpolitischen Bereich, die auch zahlenmäßige Relevanz gehabt hätten. Gewinner dieses doppelschichtigen Prozesses waren das abstrakte Ordnungssystem des Grundgesetzes und der demokratische Konsensus in der Staatsgesellschaft als solcher, der sich dadurch stärkte, daß er – der Erfolg begründete den weiteren Erfolg – nicht durch antidemokratisches Denken und Agieren (wie das noch in der Weimarer Republik der Fall gewesen war<sup>28</sup>) beschädigt wurde.

Dieser Konsolidierungsprozeß war Mitte der 60er Jahre erfolgreich abgeschlossen. Mit der Konzentration des Parteiensystems wurde ein unentbehrliches Funktionskriterium jeglicher parlamentarischer Demokratie hergestellt, nämlich die Schaffung stabiler und regierungsfähiger parlamentarischer Mehrheiten und damit auch von aktions- und entscheidungsfähigen Regierungen. Der Befürchtung, der neuen Ordnung von »Bonn« könne – wie seinerzeit der Weimarer Republik – aus den heterogenen Kräften einer politisch in sich zerstrittenen Gesellschaft, also von innen heraus, eine tödliche Gegnerschaft erwachsen und diese neue gesellschaftlich-politische Ordnung würde sich quasi-kybernetisch selbst zerstören, stellte man nach wenigen Jahren politischer Bewährung die Feststellung entgegen und zugleich das gute Zeugnis aus: »Bonn ist nicht Weimar.«<sup>29</sup>

So gab es weder eine nationalistische »Bewegung« noch eine sozialistische »Bewegung«; es gab seit dem großen Wahlsieg *Adenauers* von 1957 keine soziale, politische Protest- oder sonstige »Bewegung« mehr von quantitativer Erheblichkeit. Erst mit der Begründung der Großen Koalition formierte sich die bis dahin intensiver geführte hochschul- und bildungs-

---

<sup>28</sup> Grundlegend für diese Problematik ist noch immer die Arbeit von *Kurt Sontheimer*, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München 1962.

<sup>29</sup> So lautete der Buchtitel des Schweizer Publizisten *Fritz René Allemann*, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956.

Der Fragestellung nach den Kräften, die politische Systeme von innen heraus zerstören können, ist *Karl J. Newman* in seinem gedankenreichen, von der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung viel zu wenig gewürdigten Werk über die »Zerstörung und Selbstzerstörung der Demokratie. Europa 1918–1938«, Berlin, Köln 1965, nachgegangen und hat nicht nur die Weimarer Republik, sondern auch die gescheiterten Nachfolge-Staaten Österreich-Ungarns einbezogen. Im Überblick hat auch *Ferdinand A. Hermens* in seiner »Verfassungslehre«, Frankfurt a. M., Bonn 1964, diese Frage der Eigendynamik der Selbstzerstörung komparativ an Beispielen funktionierender und gescheiterter parlamentarischer Systeme herauszuarbeiten versucht.

politische Debatte plötzlich zu einer sich selbst organisierenden sozialen Kraft, die sich teils »Außerparlamentarische Opposition« (APO), teils »Studenten-Bewegung« nannte<sup>30</sup>. Sie allerdings war dann mit jenem eingangs skizzierten demographischen Wandel der Generationen verknüpft, hatte also eine zusätzliche, nämlich biologisch-substantielle Komponente, verglichen mit den hier zuvor skizzierten politischen Protestbewegungen der Abrüstungsgegner oder der kleinen Gegenparteien. Dieses Charakteristikum der 60er Jahre ist auch der derzeitigen Protestbewegung zueigen.

### 7. Konsens und Effizienz: *Stabilitätsfaktoren der Demokratie*

Es bedarf noch einer Skizze jenes geistigen Konsolidierungsprozesses in der staatstragenden Gesellschaft, die die institutionell-strukturelle Entwicklung, wie sie hier zuvor nachgezeichnet wurde, begünstigte und auch trug.

Politische Parteien stellen die Bindeglieder dar zwischen den Meinungen und Auffassungen, der politischen Willensbildung einer Gesellschaft insgesamt einerseits und den staats- und verfassungspolitischen Entscheidungs- und Kontrollprozessen, der Machtausübung im Institutionenapparat andererseits. Politisch bedingte Funktionsfähigkeit entscheidet deshalb auch über staatsorganisatorische Existenzfähigkeit einer politischen Ordnung und gleichermaßen des Verfassungssystems überhaupt. Der anfänglich abwartenden, zögernden Einstellung der Mehrheit der Bevölkerung, die nach den Schlägen des Krieges für eine politische Abseitseinstellung der »Ohne-mich-Haltung« durchaus empfänglich gewesen war, folgte zu Beginn der 50er Jahre – und danach sich allmählich verstärkend – ein Konsensus zu eben dieser politischen Ordnung der jungen Bundesrepublik Deutschland. Die Zustimmung wuchs und erstarkte nicht zuletzt auch bei den nachwachsenden Altersjährgängen,

<sup>30</sup> Quellenmaterial und interpretierende Literatur zu diesem innenpolitisch seinerzeit höchst bedeutsamen Prozeß waren schnell Legion; einen kritischen Literaturbericht bietet der Verfasser, vgl. *Joachim Wiesner*, Studentenprotest, Außerparlamentarische Opposition und Gesellschaftsrevolution in den 60er Jahren. Selbstverständnis, Vorgänge und Kritik im Spiegel der Literatur, in: *Die Neue Ordnung* 24 (1969) 252ff. (Teil I), 334ff. (Teil II). Inzwischen ist der Vorgang historisch geworden. Aus dem (DKP-orientierten) Pahl-Rugenstein-Verlag kommt die Gesamtdarstellung von *Gerhard Bauß*, *Die Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin*. Handbuch, Köln 1977. Eine Chronik der APO will sein und ist auch die illustrierte Dokumentation von *Michael Ruetz*, »Ihr müßt diesen Typen nur ins Gesicht sehen.« APO Berlin 1966–1969, Frankfurt a. M. 1980.

die zu Kriegsende noch Kinder gewesen waren, im Laufe der 50er und 60er Jahre wahlmündig wurden und in die arbeitende und produktive Generation hineinwuchsen.

Der Konsensus der 50er und ersten Hälfte der 60er Jahre – also das geistige Klima der ersten Nachkriegsphase – war nicht nur geprägt gewesen durch Rückwärtswendung, als Überwindung von Nationalsozialismus und Krieg, sondern war entstanden und gewachsen unter dem Eindruck des wirtschaftlichen Erfolges der Ära *Adenauer*, der wachsenden Achtung der deutschen Bevölkerung sich selbst gegenüber und des allmählich reifenden und erkennbaren Respektes, den auch die Völker der Welt den Deutschen wieder entgegenbrachten. Staatsbesuche wie die der amerikanischen Präsidenten *Eisenhower* (1958) und *Kennedy* (1963) und des französischen Staatspräsidenten General *de Gaulle* (1962) hatten seinerzeit bundesweit positive Emotionen zugunsten des neuen Staatswesens mobilisiert, hatten Identifikationen zum neuen Staatswesen ausgelöst, ohne jedoch – und das unterscheidet jene Strömungen sowohl von den Entwicklungen der Weimarer Republik als auch von den Emotionalisierungen nach 1966 – irrational oder gar nationalistisch zu werden. *De Gaulles* dramatisch stilisierte Formulierung von der »[. . .] großen deutschen Nation – jawohl: der großen deutschen Nation [. . .]«, auf dem Bonner Marktplatz 1962 gesprochen, war gewissermaßen ein symptomatischer Vorgang dafür, daß die Abschlußphase des Respektbegründungsprozesses gegenüber dem neuen deutschen Staatsgebilde erreicht war.

Konsensus nach innen und Anerkennung seitens dritter von außen begründeten eine politisch-psychologische und damit zugleich eine politisch-moralische Legitimation der jungen Bundesrepublik Deutschland, trotz ihrer historischen Amputation durch deutsche Teilung und Abtrennung der Ostgebiete. Zu der formal-legalen Organisation eines neuen Staatsgebildes durch Grundgesetz und Souveränitätsverleihung seitens der Siegermächte war die geistige Zustimmung gekommen, und neben beide war der Erfolg im wirtschaftlichen Raum, die Inangriffnahme sozialer Reformen (insbesondere im System der Alterssicherung) getreten sowie die international-politische Konsolidierung und Existenzsicherung trotz des Kalten Krieges und der sowjetischen Bedrohung.

Konsens der Regierten und Effizienz der Regierenden, und zwar der Personen und des Systems überhaupt, erfüllten das konstitutionelle Organisationsschema der neuen Demokratie mit innerer Stabilität. Dies erscheint als ein wesentlicher Befund, der die erste Nachkriegsphase charakterisiert, neben den institutionell-strukturellen sowie funktionalen Kriterien der Innenpolitik. Die außenpolitische Begründung ist für das

seinerzeit konstatierte Ende der Nachkriegszeit, das *Erhard* in seiner Regierungserklärung von 1965 – wie eingangs zitiert – festgestellt hatte, um diese Charakteristika zu ergänzen. Es war nicht nur eine veränderte Weltgesellschaft der großen miteinander rivalisierenden Mächte des Kalten Krieges entstanden, mit bedeutsamen internationalen Konsequenzen für Deutschland in seiner staatlichen Existenz und in seiner West- bzw. Ost-Einbindung, sondern es hatte sich auch aus einer fragilen Demokratie eine zunächst labile und allmählich stabile politische Ordnung gebildet. Die Bundesrepublik Deutschland schritt in ihre zweite Phase.

#### IV. BESTIMMUNGSFAKTOREN DER ZWEITEN NACHKRIEGSPHASE: VOM ENDE DER »ÄRA ADENAUER« ZUM ENDE DER »SOZIAL-LIBERALEN KOALITION«

##### 1. Strukturelle Kontinuität in den sechziger und siebziger Jahren

Folgt man *Ludwig Erhards* eingangs dargelegter These, daß im Jahre 1965 die Nachkriegszeit bereits beendet gewesen sei, dann wird man dafür durchaus Begründungen in den partei-systematischen Strukturdaten und in den daraus resultierenden Prozeßabläufen innerhalb des gesamten Regierungs- und Verfassungssystems der Bundesrepublik Deutschland finden können.

Die CDU/CSU-FDP-Koalition der ersten Nachkriegsphase erlebte ihren Niedergang mit der vorsätzlichen und schrittweisen Demontage ihrer Leitfigur *Konrad Adenauer* (seit den Tagen der sogenannten »Präsidentenkrise von 1958«<sup>31</sup>) durch die eigene Partei-Gefolgschaft, vorzugsweise von rivalisierenden Untergruppierungen und einzelnen Personen. Die absolute Stimmenmehrheit von 1957 wurde von der CDU/CSU niemals wieder erreicht; aber die Bundestagswahlen von 1961 (diese unter den abträglichen Begleitvorgängen des Berliner Mauerbaus), von 1965 und 1969 haben der Partei – genauer: der Listenverbindung von CDU und CSU – immer die erststärkste Position erbracht. Dennoch wurde koalitionsintern mit der sogenannten »Spiegel-Krise« von 1962, danach mit der

---

<sup>31</sup> *Adenauers* Version bietet dieser im dritten Band seiner Memoiren; vgl. *Konrad Adenauer*, *Erinnerungen 1955–1959*, im Kapitel »XV. Bundespräsidentenwahl 1959«, 483 ff. – Von wissenschaftlicher Seite dazu die Studie von *Eberhard Pikart*, *Theodor Heuß und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie*, Stuttgart 1976.



Haushaltskrise von 1965/66 die Schlußphase der CDU/CSU-Dominanz eingeleitet, es kam zum endgültigen Koalitionsbruch von 1966.

*Ludwig Erhard* gewann die Bundestagswahlen von 1965 noch einmal mit einem respektablem Stimmenergebnis von 47,6% für seine Partei und mit einem Mandatsanteil von 49,4%; ein Jahr später hatte er dennoch die Macht verloren, und nie wieder bis 1982/83 haben CDU/CSU sie allein handhaben können. Ein Machtwechsel vollzog sich – nach Ablauf einer analog langen Frist der SPD-FDP-Koalition – erst 1982 innerhalb einer Legislaturperiode und innerhalb vorgegebener parlamentarischer Strukturen ohne Wahlen; es änderten sich nur die Akteure der Kabinette, nicht der Typus der Koalitionsregierung.

Strukturell ist das seinerzeitige Wahlergebnis von 1965 dem von 1983 vergleichbar.

Während der SPD-FDP-Phase änderte sich jedoch die Begründung für die Bildung von Koalitionen: Zwar lautete das Hauptargument auch jetzt wieder, daß Parteien verwandter Programmatik miteinander koalieren sollten – die linksorientierte FDP mit den Sozialdemokraten, die sich beide als »fortschrittliche« (im Gegensatz zu »konservativen«) Parteien verstanden, aber es waren nicht mehr die stärksten Parteien, die die Macht übernahmen, sondern die beiden schwächeren. Denn programmatische Gemeinsamkeit allein reicht nicht aus, wenn man das (quantitative) Prinzip der Mehrheitsbildung realisieren muß; doch galt nunmehr die These von der Addition der Minderheiten zu einer Mehrheit, nicht mehr wie bis 1965 – und sogar noch 1966/69 für die Große Koalition – die These von der Legitimation der stärksten Partei zur Regierungsbildung (über deren Weichenstellung in einem Dreiparteiensystem nun allein die kleinste Partei zu befinden hatte und die sich mit ihrem beständigen Entscheid für die Sozialdemokraten dann immer dem Vorwurf der Mißachtung einer Legitimation der Prioritäten ausgesetzt sah).

Erst 1983 wieder haben die Liberalen diese letztere Kategorie realisiert, allerdings nunmehr unter veränderten Bedingungen, weil SPD und FDP zusammen gar nicht mehr – wie noch 1980 – allein eine regierungsfähige Mehrheit zustande gebracht hätten, selbst wenn sie programmatisch noch dazu in der Lage gewesen wären. Die Strukturen hatten sich erst durch das Aufkommen der vierten Partei »Grüne« nachhaltig verändert.

Strukturell jedoch wird man die SPD-FDP-Regierungszeit (1969–1982) durchaus als eine der *Adenauer/Erhard*-Zeit formal vergleichbare Phase der Nachkriegsgeschichte bewerten dürfen, als eine Fortsetzung der vorausgegangenen zwei Jahrzehnte mit dem verfassungspolitischen

Strukturtypus der Koalitionskabinette und einer Einparteien-Opposition.

Geändert hatten sich dagegen die geistigen Orientierungen.

## 2. Geistige Wandlungen:

### *Von der Parlamentarismus-Kritik zur Systemgegnerschaft*

Erst zum Ende der 70er/Beginn der 80er Jahre formte sich die Viertpartei der Grünen aus und vollzog sich der bereits diskutierte Niedergang der Freien Demokraten. Entscheidender als diese strukturell-institutionellen Bestimmungsfaktoren sind für den »politischen Charakter« der zweiten Nachkriegsphase jedoch die geistigen Wandlungen geworden. Nicht zuletzt bewirkten sie diese Umstrukturierung vom Drei- zum Vier-Parteiensystem mit, begünstigten einen Prozeß, der allerdings derzeit noch nicht abgeschlossen ist. Vor allem ist noch nicht genau in dem Sinne definierbar, ob es tatsächlich zu einer zeitlich relevant-langen Konsolidierung der vierten Partei kommen wird, selbst wenn alle Wahl-Umfragedaten seit 1981 und über die Bundestagswahl 1983 hinaus für eine solche These sprechen.

Bereits in der ersten Hälfte der 60er Jahre, verstärkt hin zur Jahrzehntmitte, entwickelten sich Stimmen und Stimmungen, die nicht nur Opposition in der politischen Sache gegenüber der damaligen Mehrheit der CDU/CSU-geführten Regierung sein wollten, sondern Opposition gegen das Ordnungssystem des Parlamentarismus' als solches zu werden schienen. Zunächst kam das Schlagwort vom »CDU-Staat« auf, das zugleich zu einem Buchtitel wurde<sup>32</sup>. Mit ihm sollte in der öffentlichen Auseinandersetzung suggeriert und signalisiert werden, daß dieser Staat in einer moralisch ungerechtfertigten Weise von einer einzigen Parteienformation manipuliert würde und sich auch manipulieren ließe.

Langsam aber kontinuierlich entstand seit den frühen 60er Jahren dann eine zunehmend stärker werdende Welle von immer neuen politiktheoretischen und ideologiekritischen Auseinandersetzungen, die die Demokratie als Ordnungsform überhaupt in Frage stellten, sich also nicht etwa nur mit der Politik einer CDU-Regierung innerhalb dieser Ordnung auseinandersetzten. Der Opposition zur Regierungspolitik trat die grundsätzli-

<sup>32</sup> Gert Schäfer, Carl Nedelmann, *Der CDU-Staat*. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967. – Zutreffend kritisch dazu Wilhelm Hennis, *Die Rolle des Parlaments und die Parteiendemokratie*, in: *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, hrsg. von Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, a. a. O., 203 ff. hier: 227 f.

che Opposition gegen das System – in der Terminologie *Otto Kirchheimers*: die »Opposition aus Prinzip« – zur Seite<sup>33</sup>. Diese Dichotomie von parteimäßiger innerparlamentarischer Opposition zur Regierungsmehrheit versus Opposition gegen das System als Ganzes findet sich wieder in der derzeitigen demokratietheoretischen Kontroverse um Opposition und »Fundamental-Opposition«, wie sie die Grünen und Alternativen verstehen, die nicht nur die Regierung bekämpfen wollen, sondern das System von innen heraus und von außen her verändern wollen<sup>34</sup>.

<sup>33</sup> Vgl. *Otto Kirchheimer*, Deutschland oder Der Verfall der Opposition, in: *Ders.*, Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, Frankfurt a.M. 1967, 58 ff.

<sup>34</sup> Die Debatte innerhalb der Grünen und Alternativen zum Komplex »Fundamentalopposition« ist uneinheitlich, noch nicht beendet und findet sich nicht nur in direkten Aussagen zu dieser Thematik, sondern auch mittelbar in anderen (sich damit überschneidenden) Themenbereichen, wie z.B. dem der »Gewalt«-Problematik.

Einheitlich und unbestritten ist wohl die Position innerhalb der Partei und der mit ihr verbundenen Alternativen Listen, daß eine Veränderung des jetzigen Parlamentarismus' von einer ausgesprochen repräsentativ-parlamentarischen Organisation hin zu mehr direkter Demokratie geschehen solle, weil die Wahrnehmung demokratischer Freiheiten durch die Politik der etablierten Parteien, durch Überbürokratisierung einer hierarchischen Verwaltung, durch Fünfprozent-Klausel oder durch strafrechtliche Bestimmungen beeinträchtigt sei (vgl. Die Grünen: Das Bundesprogramm, Stuttgart 1983, Kapitel V. »Mensch und Gesellschaft«, 28 ff). Aber schon die Debatte über die Formen der Auseinandersetzung mit den konkurrierenden und bekämpften gesellschaftlichen und politischen Kräften impliziert latent systemwidrige Strategien und Techniken; so heißt es im Wirtschaftsprogramm, das vor der Bundestagswahl 1983 auf der Bundesdelegiertenversammlung in Stuttgart-Sindelfingen am 15./16. Januar 1983 beschlossen wurde, daß die (künftige) »parlamentarische Arbeit der Grünen [. . .] die vorstehenden Formen des Widerstandes nicht ersetzen (kann), sondern [. . .] sie ergänzen und unterstützen (muß)«. Der Widerstand müsse durch geeignete Aktionen in die Parlamente getragen werden, und durch Solidarität und Zusammenspiel würden die Grünen den Außerparlamentarischen Widerstand stärken und motivieren. Als solcher »Widerstand« werden nicht nur intensive Informationen über die Folgen der wirtschaftlichen, politischen und technologischen Entwicklung oder eine passive Front der Verweigerung gegen jene Produkte und Produktionen, die in herausragender Weise Gesundheit und Umwelt bedrohen, der Aufbau alternativer Projekte und die Selbstorganisation von Betroffenen sowie schließlich der betriebliche und gewerkschaftliche Kampf um Arbeitszeitverkürzung (einschließlich Streik und Betriebsbesetzungen!) genannt, sondern gerade jene Formen des Widerstandes, »wie er sich in den Bürgerinitiativen entwickelt hat, um Rüstung, Großprojekte und umweltzerstörende Maßnahmen zu verhindern«, wobei »[. . .] neue eindrucksvolle Formen gewaltfreier Aktionen entwickelt werden (müssen)«, in: Die Grünen, Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben. Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Bonn 1983, 32. Wie »gewaltfrei« die Anwendung von gewaltfreiem Widerstand ist, bleibt eine Aufgabe für die Erklärung der dialektischen Implikationen. Die niedersächsischen Grünen dagegen haben sich in ihrem Wahlprogramm für den Hannoverschen Landtag als Ziel ihrer parlamentarischen Arbeit eindeutig zu den Grundsätzen und Funktionsweisen des Parlamentarismus' bekannt: »Unsere derzeitige Hauptaufgabe in den Parlamenten und deshalb auch im niedersächsischen Landtag ist die konstruktive Opposition gegenüber der bisher betriebenen Politik der CDU/FDP/SPD«, wieweil im selben Absatz darauf hingewiesen wird, daß die Ziele, Kritik und

Die Palette unterschiedlich akzentuierender Standpunkte in der Demokratietheorie und Demokratiekritik war in den 60er Jahren breit ausgeformt. Sie stand in enger Wechselwirkung mit dem (für den beobachtenden und das Wissenschaftsgeschehen miterlebenden Zeitgenossen überraschenden) Siegeslauf der Marxismus-Rezeption. Was durch erlebnismäßige Anschauung und durch theoretische Arbeit längst überwunden zu sein schien, eroberte sich öffentliches Denken auf allen Ebenen: Wissenschaft, Publizistik, politische Rede, selbst manche Kanzel!

System-immanent war darin noch jene Position, die in gewissermaßen idealistischer Konzeption die Realitäten des erfahrbaren politischen Alltags als bloß häßlich und als quasi-illegitim bewertete und sie in Bezug setzte zu der anscheinend reinen Norm der hellen Demokratie-Ideale. Es formierte sich damals eine Vielzahl von Kritikern, die das Grundgesetz mit seinen Grundrechten und mit seinen damit thematisch verknüpften Prinzipien etwa am reinen Demokratieideal direkter Volksherrschaft messen wollte. Pragmatischer gewesen war da noch das Godesberger SPD-Programm von 1959, als es »Grundwerte« und »Grundnormen« der Demokratie und des demokratischen Sozialismus entwickelte.

---

Alternativen aus der außerparlamentarischen Bewegung auch in den niedersächsischen Landtag getragen werden sollten und »ein wichtiges Mittel [...] dabei die Kombination von parlamentarischer Tätigkeit und außerparlamentarischer Aktion sein (werde)«, in: Die Grünen-Niedersachsen: Unser Wahlprogramm, Hannover o. J., 20.

Als den radikalen Gegensatz hierzu jedoch hat man das Landesprogramm für die Landtagswahlen 1983 in Hessen anzusehen, wo außerparlamentarisch (Landtagsabgeordnete waren engagiert beteiligt bei den Planungen und Aktionen gegen die »Startbahn West« des Frankfurter Flughafens) und in einjähriger parlamentarischer Praxis die hessischen Grünen/Alternativen ihre radikal-linke Position auch der Öffentlichkeit verdeutlicht haben. In ihrem Wahlprogramm für 1983 heißt es, »die repräsentative Demokratie versagt immer offensichtlicher«; die große Zahl von Protestbewegungen erhebe sich gegen die Manipulation der Demokratie. »Um diese Interessen in die bestehenden parlamentarischen Entscheidungszentren einzubringen, ist neben der außerparlamentarischen Bewegung eine alternative parlamentarische Kraft erforderlich. Gemeinsames Ziel muß es sein, das parlamentarische System grundsätzlich hin auf eine direkte Demokratie zu verändern«, in: Die Grünen-Hessen, Landesprogramm o. J. [1983], 98.

Der linke Flügel (teils linksextremer oder kommunistischer Herkunft) der hessischen Grünen radikalisiert diesen Landesverband unstreitig; ob die Grünen (wie in Baden-Württemberg) relativ »konservativer« sein sollten, ob sie innerhalb des Systems eine reformistische Politik verfolgen sollten, dies alles sind mit der Grundsatzfrage der Einstellung zum System inhaltlich verknüpfte Themen, vgl. hierzu *Joachim Hirsch*, Die Grünen: Zwischen Fundamentalopposition und Realpolitik, in: Grüne Hessenzeitung (Landesgeschäftsstelle), Frankfurt a. M. (Nr. 9/10, Dezember/Januar) 82/83, 8 ff., wo auch die sogenannte »Reformismus-Debatte« (betreffend Reformpolitik oder grundsätzliche Opposition) geführt wird.

Idealistisch-utopischer und radikaler war dann jedoch jene – durchaus linkssozialistisch gestützte – Demokratie-Kritik, die die Realzustände des politischen Systems im Gegenlicht zu Grundgesetz und Grundwerten beleuchtete und diese philosophischen Normierungen auch als ideologische Zielsetzungen für eine Art »handhabbarer« Philosophie der Demokratiegegner umschmiedete. Solche Prinzipien eignen sich in ihrer holzschnittartig zu benutzenden Einsichtigkeit trefflich dafür, zu dem dialektischen Ergebnis zu kommen, daß eigentlich die Demokratie in sich undemokratisch und die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland verfassungswidrig sein könne. »Wie demokratisch ist der Parlamentarismus?« lautete die infragestellende Kurzformel<sup>35</sup>; »Demokratisierung« oder gar Re-Demokratisierung der Gesellschaft wurden zu normativen Politik-Strategien<sup>36</sup>.

Tatsächlich hat sich in der zweiten Phase der Nachkriegsgeschichte eine qualitative Veränderung des bis dahin sehr viel stärker nur formalen Parlamentarismus' vollzogen, der seinen Bürgern zwar die Gelegenheit zur Wahl bietet, aber wenig weitere Teilhabe an den politischen Belangen zwischen den Wahlen gibt. Die demokratiepolitischen Denkweisen und Institutionen wurden dahingehend geändert, daß hier in der Bundesrepublik Deutschland einige innovative Partizipationsmuster entwickelt wurden, die zwar nicht zur direkten plebiszitären Demokratie oder zur Räte-demokratie geführt haben, aber dennoch im vorstaatlichen Sektor teils juristisch abgesicherte, teils informelle Organisationsmuster größerer Partizipation begründet haben. Die Bürgerinitiativ-Bewegung ist hier als die informelle, aber zeitlich und überregional beständig gewordene Neuerung der zweiten Phase der Nachkriegszeit zu bewerten<sup>37</sup>. Juristi-

---

<sup>35</sup> Vgl. Kurt Lenk, *Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Grundpositionen einer Kontroverse*, Stuttgart 1972.

<sup>36</sup> Kritisch damit auseinandergesetzt hat sich Wilhelm Hennis, *Demokratisierung. Zur Problematik eines Begriffs*, Köln, Opladen 1970 (Sonderausgabe für die Landeszentrale für Politische Bildung NRW).

<sup>37</sup> Die Literatur zur Bürgerinitiativ-Bewegung ist inzwischen außergewöhnlich umfangreich geworden; sie umfaßt nicht nur das Phänomen als solches, sondern auch die damit thematisch verbundenen Teil-Inhalte, z.B. der Umweltschutzprobleme, konkreter Planungsvorhaben usw.

Inzwischen zu Standardwerken geworden sind die Schriften von Peter Cornelius Meyer-Tasch, *Die Bürgerinitiativ-Bewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem*, Reinbek 1976 (seither mehrere Auflagen); Reihe »Argumente in der Energiediskussion«, Bd. 3: Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen, hrsg. von Hans Matthöfer, Villingen 1977; Bürgerinitiativen und repräsentatives System, hrsg. von Bernd Guggenberger und Udo Kempf, Opladen 1978; Bernd Guggenberger, *Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von der Ökologiebewe-*

sche Konkretisationen partizipativer Demokratie sind etwa in den Beteiligungsverfahren bei der Stadtentwicklung und der umweltrelevanten Großplanung gegeben<sup>38</sup>.

Das Wort »kritisch« machte damals eine bedeutsame Karriere, ausgehend von der »Frankfurter Schule« der Sozialphilosophen *Horkheimer*, *Adorno* und *Habermas* und ihrer »kritischen Theorie«<sup>39</sup>. Lange hat sie ihre linkssozialistischen Positionen einflußreich in den deutschen Sozialwissenschaften, in der deutschen Hochschul- und Bildungspolitik und letztlich in ihren Gefolgschaften unter den politischen Akteuren der nachdrängenden jüngeren Generation der »68er« und danach geltend machen können.

Als symptomatisch für den Wandel des »geistigen Klimas«, der politisch-philosophischen »Großwetterlage« – und zwar sowohl in der Thematik als auch hinsichtlich des Zeitpunktes seines Erscheinens – muß die programmatische Kritikschrift des Philosophen *Karl Jaspers* angesehen werden, die dieser Anfang 1966 (also in einer Zeit aufgeregter parteipolitischer Kontroversen um die Funktionsfähigkeit und den Fortbestand der FDP-CDU/CSU-Koalition) mit dem provokanten Titel »Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen«<sup>40</sup> veröffentlichte.

---

gung zur Umweltpartei, Stuttgart 1980; *Klaus-Peter Bößhar*, Bürgerinitiativen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Probleme des politischen Systems und ihre gesellschaftlichen Folgen, Frankfurt a.M., Bern 1982. Zahlreiche Literatur nachgewiesen in meiner nachfolgend, Anmerkung 38, genannten Schrift.

Aus DKP-offizieller Sicht die Schrift von *Fred Karl*, Die Bürgerinitiativen, a. a. O.

<sup>38</sup> Ausführlich dazu *Joachim Wiesner*, Nachbarschaftliche Bürgerbeteiligung bei der umweltrelevanten Industrie-Planung, Eschborn/Taunus 1982 (Eigendruck des Technischen Überwachungs-Vereins Hessen e. V.).

<sup>39</sup> Auch zum Komplex »Kritische Theorie« und »Frankfurter Schule« zählt die Literatur – die eigene der »Schule« und die kontroverse – inzwischen Legion. Sie selbst – aber auch die polemische Auseinandersetzung mit ihr (gewissermaßen die Kritisierung der kritischen Theorie) sind ein wichtiges Stück deutscher Geistesgeschichte in den 70er Jahren. Man könnte auf viele Autoren verweisen, insbesondere auf *Günter Rohrmosers* Abrechnung mit dem »Elend der kritischen Theorie«; stellvertretend sei hier genannt *Günther Henning u. a.*, Die Gewalt der Verneinung. Die kritische Theorie und ihre Folgen, Stuttgart <sup>2</sup>1978. In einen größeren (zeit-)geistesgeschichtlichen und politikphilosophischen Zusammenhang gestellt wird diese Schule bei *Karl Dietrich Bracher*, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1983, 291 ff.

<sup>40</sup> *Karl Jaspers*, Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1966. Die von ihm verfaßte Replik mit Kritiken, in der er schlicht konstatiert, daß seit dem Erscheinen seines Buches »der Zustand der Bundesrepublik nur noch bedrohlicher geworden« sei, ist *Karl Jaspers* Antwort zur Kritik meiner Schrift »Wohin treibt die Bundesrepublik?«, München 1967. – Die speziell verfassungspolitischen Fragestellungen artikulieren der Verfasser, vgl. *Joachim Wiesner*, Jaspers und die deutsche Verfassungswirklichkeit. Kritik einiger theoretischer Voraussetzungen seiner Streitschrift über

Diese den Parlamentarismus der Bundesrepublik Deutschland streng kritisierende Arbeit war unverdächtig, linksradikale Positionen zu vertreten; sie artikulierte vielmehr ein allgemeines, weitverbreitetes »Unbehagen an der Demokratie«, das auch breite liberale und sogar konservative Kreise diagnostizierten<sup>41</sup>.

Hier ist nicht der Ort, sich eingehend mit jener politischen Schrift des Philosophen, ihrem Echo und seiner eigenen Replik der Kritik auseinanderzusetzen. Was *Jaspers* inhaltlich vortrug, war – im Prinzip – nichts anderes als eine Bewußtmachung der Diskrepanz zwischen radikal-demokratischer, weil philosophischer Idealität einerseits und profaner Politikpraxis andererseits<sup>42</sup>. Insofern traf allerdings seine Schrift zusammen mit den zuvor erwähnten demokratie-kritischen geistigen Strömungen jener Jahre.

Demokratie-philosophische Konzeptionen sind in der politischen Realität niemals derart idealtypisch zu verwirklichen, wie dies politische Denker und Philosophen in abstrahierender Rigorosität fordern mögen. *Max Weber* hat mit seiner Dichotomie von rigoristischer Gesinnungsethik, die »rein« fordern kann, was sie nicht zu realisieren braucht, einerseits und der Verantwortungsethik, die politisches Handeln am sozial Machbaren orientieren muß und Entscheidungen in Abwägung aller Umstände zu treffen hat, andererseits im Grundriß diese Handlungsproblematik des Politikers vor mehr als sechs Jahrzehnten schon ausgewiesen<sup>43</sup>.

Politik als Gesamtsozialverhalten gebiert nicht nur eine von diesen Idealen abweichende politische Alltagswirklichkeit, sondern eine diese Ideale sogar verletzende, gewissermaßen aufhebende politische Realität. »Real-existierende« Politik stellt nicht nur in sozialistisch-diktatorischen

---

die Bundesrepublik, in: Jahrbuch Verfassung und Verfassungswirklichkeit 1 (1966) 298 ff., sowie sehr umfassend *Karl J. Newman*, Wer treibt die Bundesrepublik wohin? Köln 1968.

<sup>41</sup> So der seinerzeitige CDU-Bundestagsabgeordnete und führende Repräsentant der unternehmerischen Wirtschaft, *Hans Dichgans*, Das Unbehagen in der Bundesrepublik. Ist die Demokratie am Ende? Düsseldorf, Wien 1968. Aus wirtschaftswissenschaftlicher und zugleich liberal-marktwirtschaftlicher Position erwähnenswert als kritisches Pendant ist die Schrift des Schweizer Finanzwissenschaftlers, *Walter Wittmann*, Der unbewältigte Wohlstand. Die Zukunft von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, München 1972, der das grundsätzliche Ordnungsproblem auf Demokratie und Marktwirtschaft im ganzen mitteleuropäischen Raum, die Schweiz eingeschlossen, bezieht.

<sup>42</sup> Vgl. *Joachim Wiesner*, *Jaspers und die deutsche Verfassungswirklichkeit*, a. a. O., 302 ff.

<sup>43</sup> *Max Weber*, Politik als Beruf, in: *Ders.*, Gesammelte politische Schriften, München 1921, 396 ff.

Systemen die Abweichung von der ideologischen Utopie dar<sup>44</sup>, sondern wird auch in pragmatisch geführten und sich aus sozialen Eigenkräften dynamisch entwickelnden freiheitlichen Systemen stets zu einer Art von »Abweichung« von der philosophisch-theoretischen Norm führen: Seit langem unterscheidet man zwischen »Verfassung« und »Verfassungswirklichkeit«.

Damit ist aber ein Thema angeschlagen, das im Kern immer noch den Tenor aller heutigen Parlamentarismus-Kritik in der Bundesrepublik bildet: Nicht zuletzt die Grünen und Alternativen basieren mit ihren programmatischen Konzepten auf solchen Prämissen, sie fordern immer wieder eine radikale, radikal-demokratische, nämlich basisbezogene Demokratie – gewissermaßen eine »demokratische Demokratie« im Gegensatz zum »undemokratischen Parlamentarismus«. Sie wollen auch parteiologarchische Entwicklungen des Staatswesens verhindern und machen deshalb Vorschläge, wie die Institutionen des Grundgesetzes dergestalt zu verändern wären, daß sie den rigorosen Prinzipien ideal-demokratischer Tradition auch in der Wirklichkeit von heute gerecht werden würden<sup>45</sup>.

Eine Spielart dieser Demokratiekritik war die in der Mitte und am Ende der 60er Jahre insbesondere in linken Kreisen heftig diskutierte Form der Rätedemokratie. Es waren keineswegs nur oberflächliche, atheoretische und ahistorische Überlegungen, die damals Anhänger fanden. Zu den unstrittig ideologisch orientierten geistigen Zentren der gesellschafts- und staats-theoretischen Debatte gehörte der intellektuell anspruchsvolle Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der damals allerdings seine Wende zum Extremismus hin vollzog, die schließlich in seinem Niedergang und in der Selbstauflösung im Jahre 1970 resultierte. Publizisten, Journalisten, Politiker und Studenten diskutierten damals mit großer Ernsthaftigkeit jenes Modell.

---

<sup>44</sup> In der Bundesrepublik Deutschland heimisch gemacht hat die sprachliche Formel vom »real existierenden« politischen System (scil.: des Sozialismus) *Rudolf Babro* in seiner vernichtenden Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem in der DDR; vgl. *Rudolf Babro*, *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Köln, Frankfurt a. M. 1977.

<sup>45</sup> Die vier Programm-Prinzipien der Grünen lauten »Ökologisch, Sozial, Basisdemokratisch, Gewaltfrei« (vgl. Bundesprogramm 1983, 4f.). Die Basisdemokratie wird auch innerparteilich zu praktizieren versucht (z. B. durch das Rotationsprinzip der Abgeordneten, die sich mitten in einer Legislaturperiode durch ihre Listen-Nachrücker ablösen lassen und diese bereits zuvor in die parlamentarische Arbeit [als Mitarbeiter] einbinden); staatspolitisch wollen sie durch verstärkte Mitbestimmung, wie Volksabstimmungen auf allen Ebenen, Elemente direkter Demokratie einführen; vgl. dazu auch Anmerkung 34.



Dem vergleichenden Beobachter von heute will scheinen, daß demgegenüber die Diskussionen und Konzepte in den gegenwärtigen Bewegungen und innerhalb der Partei Die Grünen von geistiger Flachheit sind, eher jenem vulgär-demokratischen Grundverständnis entsprechend, wie es einseitige Politikbildung vermittelt, entbehrend des theoretisch-reflektierenden Tiefganges. Sind die theorie-losen Grünen in ihrer Nicht-Intellektualität die Produkte der nivellierenden Bildungspolitik und -»Reform« der 60er Jahre? Allein schon eine Analyse der Bundestagsdebatten könnte diese Vermutung erhärten.

## V. DEMOKRATIE-THEORETISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die großen Abschnitte der Nachkriegsgeschichte haben staatsorganisatorisch eine *funktionsfähige* demokratische Ordnung ausgeformt. Es ist eine Verfassungswirklichkeit entstanden, die in realistischer Weise die ihr zugrundeliegenden Prämissen verwirklicht: Gemeinwohl und Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Subsidiarität, Freiheit und Verpflichtung, unbeschadet der Verbesserungsbedürftigkeit und Reformfähigkeit jeglicher menschlicher Gebilde.

Die kritische Gegnerschaft zu dieser »real-existierenden« und »realistisch-funktionierenden« Gesellschafts- und Staatsordnung, wie sie sich in der zweiten Nachkriegsphase im politischen Denken der Deutschen entwickelt hat, erwächst aus der Zugrundelegung »ideal-logischer«, d. h. ideologisch-utopischer Kriterien, an denen die reale politische Form gemessen wird. Die systemrationale Widerstandsfähigkeit der gewachsenen Verfassungswirklichkeit gegen ideologische Konzepte provoziert jedoch um so mehr die Systemkritiker und führt zu deren Formierung als einer Protestbewegung. Das hieraus entstehende Konfliktmuster hat dann immer wieder dieselbe – typologische – Problemstruktur von Idealmodell versus Realitätserfahrung, wobei letztere dann als amoralische Abweichung bewertet wird.

Als ein beinahe beliebiges Beispiel für ein derartiges Denkschema kann die zuvor erwähnte Kontroverse um die Räte-demokratie dienen; ähnlich verlaufen die Diskussionen und Vergeblichkeitserfahrungen mit anderen Demokratie-Vorstellungen und -Modellen der Grünen und ihrer Bewegung, insbesondere mit ihrem dialektischen »Gewalt«-Verständnis.

Das Modell der Räte-demokratie ist – geht man von holzschnittartig einfachen und rigoristischen Demokratie-Vorstellungen aus – eines der gleichsam »reinsten« Organisationsmodelle der Demokratie. Nur wissen wir aus historischer Erfahrung, daß Räte-demokratie sehr schnell in

Oligarchie und danach in totalitäre Diktatur umschlägt und den Zeitgenossen »volksdemokratische« Strukturen politischer Herrschaft beschert; das eindrucklichste Beispiel sind alle Varianten des Kommunismus' – mögen diese nun nur sehr kurzzeitig zum Zuge gekommen sein (wie zu Beginn der Weimarer Republik in Deutschland und auf Landesebene in Sachsen und Bayern) oder mögen sie (wie in der Sowjetunion) weltgeschichtliche Bedeutsamkeit erlangt haben. Der dialektische Umschlag von der »reinen« Demokratie zur Diktatur war jedoch stets systemprogrammiert.

### *1. Demokratie-Ideal und utopisches Menschenbild*

Es ist wohl die intellektuelle Rigidität solcher staats-konstruktivistischer Überlegungen, die bei ihren Diskutanten Zustimmung erwirkt und Anhängerschaften formiert. Solche Rigidität ist unstreitig konstruktivistisch-logisch konsequent, »ideal-logischer« und d.h. ideo-logischer Natur. Aber es gehört eben zu den dialektischen Implikationen derartiger Konstrukte, daß sie gerade aus dem Grunde nicht funktionieren, aus dem sie eigentlich funktionieren sollten, nämlich aus dem Grunde ihrer perfektionierten Künstlichkeit. Soziale Prozesse dagegen laufen nicht nach den Regeln intellektualistischer Mechanik ab; soziale Prozesse haben von Idealen abweichende »Normalitäten«.

Von diesem Dilemma zwischen künstlichem Konstrukt und tatsächlichem Verhalten geplagt sind alle radikal-sozialistischen und kommunistischen Systeme, weil sie die empirische Natur des menschlichen Verhaltens aus ihrem Modelldenken ausklammern, zugunsten einer reinen Ideal-Logik vom Menschen ein kollektivistisches Bewußtsein unterstellen und verlangen, das seinem natürlichen Interesse, seinen unreflektierten Verhaltensweisen widerspricht, letztendlich also anthropologisch sinnwidrig ist. Die Grünen mit ihrer derzeitigen gesellschafts- und staatstheoretischen Normierung unterliegen demselben anthropologischen Irrtum. Letztendlich kann ihr plausibel reduziertes und simplifiziertes Gesellschaftsmodell nur funktionieren, wenn man einen »neuen« Menschen hätte – eben jenen konstruktivistisch-systemkonform sich verhaltenden Typus.

In diesem Umstand liegt die ordnungspolitisch erhebliche Gefahr, daß im Falle von Realisierungen solcher Demokratie-Utopiemodelle die dann jeweils wirkenden Machthaber, etwa Grüne in einer Koalition mit Sozialdemokraten, diesen idealen Menschen durch immer neue Korrekturmaßnahmen der sozialen Wirklichkeit funktionsgemäß herbeizwingen

würden. In dieser anthropologischen Prämisse ihrer Programmatik liegt nichts Geringeres als ihr totalitärer Kern verborgen. Er kommt auch in den Unmuts- und Wutäußerungen mancher Grün-Linker, die die Vergeblichkeit ihres ideologischen Tuns erlebnismäßig zur Kenntnis nehmen müssen, zum Ausdruck, wenn sie dann – trotz der programmatischen Beschwörung des Prinzips der Gewaltlosigkeit – selbst oder in ihren Anhängerschaften die Gewaltanwendung zwecks Durchsetzung ihrer Vorstellungen propagieren und praktizieren.

Die Diskussion über die Anwendung bzw. Nichtanwendung von »Gewalt« in der politischen Auseinandersetzung stellt für die Bewegung und für die Grünen deshalb nicht etwa nur eine Abwehr-Strategie gegen Linksradikale in ihren eigenen Reihen und in ihrem Umkreise dar; sie ist vielmehr dieser Bewegung mit dieser Anthropologie systemimmanent. Dieses Grundsatzproblem wird immer wieder aufbrechen, mögen noch so viele Gremienbeschlüsse Gegenteiliges formulieren. Der Problemerkern des Demokratieverständnisses von Grünen und »Bewegung« ist ihr Menschenbild, das ein latent oder sogar explizit autoritär-totalitäres ist, weil es sich aus einer ideologisch-utopistischen Anthropologie speist.

## 2. Radikale Demokratie, Revolutionäre Demokratie und Faschismus-Verdacht

Totalitäre Systeme werden von ihren Machthabern und Erfindern nicht untypisch als »Volksdemokratien« bezeichnet, und nicht zuletzt *Adolf Hitlers* »Bewegung« begriff sich von Anfang an nicht nur als eine nationale, sondern auch als eine »sozialistische«, auf Revolution hin (»nationale Erhebung«) ausgerichtete politische Stoßkraft, eben ausdrücklich als »Bewegung«<sup>46</sup>.

Derartige Konzepte rekrutieren immer wieder ihren intellektuell-idealistischen Anhang, und sie formulieren immer neue Varianten theoretisierender Begründungen dafür, wenn ihr konkretes Demokratie-Modell

---

<sup>46</sup> *Hitlers* (unreflektiertes) Selbstverständnis seiner politischen Einstellung basierte schon auf einem frühen Vorverständnis gegenüber anderen ideologischen »Bewegungen«, z. B. der von *Schönerer* (vgl. die große Untersuchung von *Werner Maser*, *Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP*, Stuttgart 1973, 141). Das historische Phänomen des Nationalsozialismus und Faschismus als einer »sozialen Bewegung« – ohne es sozialtheoretisch-begrifflich genau zu bestimmen – behandeln die Einzelbeiträge in dem Sammelband von *Wolfgang Schieder*, *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*, hrsg. von *Wolfgang Schieder*, Göttingen 1983. Sozialtheoretisch präziser die Gemeinschaftsarbeit von *Hans-Ulrich Thamer* und *Wolfgang Wippermann*, *Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme empirischer Faschismus-Forschung*, Darmstadt 1977 (= *Erträge der Forschung*, Bd. 72).

nicht funktioniert und seine Ziele nicht erreicht. Als Auswege gelten schließlich dann auch revolutionäre Wege. Verfassungssystem-theoretische und demokratie-theoretische Zusammenhänge zwischen rigoristischem Demokratie-Ideal als Grundlage und utopistischem Revolutions-Ideal als Zielvorstellung sind funktions-logisch miteinander verwandt. Die Inhalte sind zwar variierbar; sie sind sogar auswechselbar; aber das institutionelle Gefüge eines dergestalt konstruierten politischen Systems bleibt strukturell mehr oder weniger konstant: revolutionär-totalitär.

Insofern ist die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Behauptung vom Faschismus-Verdacht der Grünen und Alternativen<sup>47</sup>, entgegen der publizistischen Beschönigung, durchaus vertretbar, weil demokratie-theoretisch schlüssig. Faschismus und radikal-demokratische Konzepte haben das tertium comparationis gemeinsam, eine schöne heile Ideal-Welt durch Bewußtseins- und Verhaltensänderungen und damit letztlich durch Beschränkungen der Freiheit und durch Zwänge realisieren zu wollen. Für beide Ideensysteme und Staatskonzepte – Faschismus und radikaler Sozialismus/Kommunismus – gilt »das Volk« als Legitimationsbasis, sei dies nun (faschistische) »Rasse« oder (sozialistische) »Klasse«. Radikal-sozialistische Positionen und Basisdemokratie-Konzepte – wie bei den Grün-Alternativen –, rätendemokratische Organisationsmodelle, »volksdemokratische« Parteiensysteme und Modelle der direkten Diktatur des »Volkes« (letztere stellvertretend ausgeübt durch die Diktatur des Proletariats, dieses wiederum vertreten durch die mit dem angeblich höher entwickelten »politischen Bewußtsein« ausgezeichnete Klasse der Partei) stellen allesamt – genauso wie die Faschismen – nichts anderes dar als ein systematisch-logisches Kontinuum ein- und derselben anti-demokratie-theoretischen Staatsutopie. Nur in ihrer realen Form, nicht in ihrem konstruktivistischen Prinzip, sind sie unterschiedlich ausgeprägte Spielarten ein und desselben ideologischen Menschen- und Staatsbildes, eines utopisch-totalitären Konstruktes.

Von der geistesgeschichtlichen Typologie her sind die gegensätzlichen demokratie-philosophischen Positionen von realitätsbezogener versus idealistischer Staatsgestaltung durch die Gedankengebäude von *Montesquieu* versus *Rousseau* im Grundsatz längst repräsentiert. »Das Volk«, dessen Wille einheitlich sei und das deswegen idealtypischer Vertragspart-

---

<sup>47</sup> Den Vorwurf, wegen der antiparlamentarischen Grundeinstellung seien die Grünen als faschistische Bewegung zu qualifizieren, erhob im August 1982 der hessische Ministerpräsident *Holger Börner* (vgl. die Tagespresse vom 16. und 17. 8. 1982), was diesem gestandenen Sozialdemokraten eine heftige Feindschaft seitens der Grünen und ihrer Sympathisanten in der öffentlichen Meinung eintrug.

ner bei der Verwirklichung von Herrschaft sein sollte, ist eine abstrakt-utopische, eine mystische Größe, auf die man sich zwar zur Legitimation aktueller Herrschaftsausübung, insbesondere autoritärer und totalitärer Form, berufen kann, die aber für die konkrete Zuordnung im Einzelfall nicht taugt. Die mechanistische Einsetzung des Gedankenbausteins »Volk« (oder variierend »Gesellschaft« oder »Basis«) stellt logisch nichts weniger dar als die Anwendung eines intellektuellen Tricks, der eine schein-empirische Grundlage zur Selbst-Legitimation und zugleich zur Beliebigkeit in der Machtausübung abgeben soll und letztlich den inhaltlich unüberprüfbar freien Raum für nichtkontrollierte Minderheitenherrschaft, sei es von Parteioligarchien, sei es von Junten und Klassen, begründet. Die von *Karl Jaspers* beklagte Oligarchisierungstendenz findet eben deswegen weitaus dynamischer, geradezu selbstverständlich, in nichtdemokratischen Systemen als in der parlamentarischen Demokratie statt.

### 3. *Realistisch-funktionale Alternativen:* *Die repräsentative Demokratie*

Bei aller Varianz, die die Massengesellschaften des 20. Jahrhunderts gegenüber der – aus der europäischen Geistesgeschichte tradierten – politischen Philosophie und Theorie verlangen, wird man dennoch sagen können, daß die Beobachtung des dialektischen Umschlags von einer »guten« in eine »schlechte« Herrschaftsform, wie sie bereits die antiken Staatsdenker – *Herodot* und *Thukydides*, *Platon* und *Aristoteles* – beschrieben haben, auch heute noch gilt.

Die staatspolitisch und verfassungspolitisch bedeutsame Aufgabe für die Gegenwart lautet deshalb nicht, plebiszitär-politische Systeme zu konstruieren, wie sie die Grünen, Alternativen und das Umfeld der gesamten »Bewegung« intellektuell konzipieren, sondern die Aufgabe heißt, das in sich dialektisch angelegte, aus den eigenen Kräften heraus gefährdete politische Gebilde Demokratie in sich selber derart zu gestalten, »regelrecht« = systemkonform zu konstruieren, daß es gleichsam sich selbst regulierende Bremsmechanismen enthält, die ihrerseits einen dialektischen Umschlag in das Gegenteil von einer guten Demokratie rechtzeitig verhindern. Demokratie als freiheitliche Ordnung kann den Freiheitswert (als Prämisse und zugleich als Ziel) nur erhalten, wenn sie seine exzessiven Konsequenzen wie ein kybernetisches System selbstregulierend verhindert. Diese Aufgabe wird noch immer am relativ besten, d.h. am wenigsten schlecht, von den repräsentativen parlamentarischen Systemen

bewältigt. Gerade die politische Organisationsform des Grundgesetzes – dieses sei angesichts der vielfachen Vorwürfe von der angeblichen Verfassungswidrigkeit der Verfassungswirklichkeit eigens herausgestellt – hat manche solcher Vorkehrungen getroffen, die auch bei intersubjektiver Überprüfung unter politisch-funktionalen und politisch-normativen Fragestellungen eine positive Bewertung erhalten haben<sup>48</sup>.

Die hier zuvor skizzierten staats- und demokratie-philosophischen Grundlagen für die Bewertung realer politischer Zusammenhänge, insbesondere die empirischen Befunde der Abweichung jeglicher Realität von der idealen Norm, sind als system-immanente und system-konforme Bewertungen anzusehen. Wer aber »das System« als solches grundsätzlich nicht zu akzeptieren bereit ist oder zumindest in weiten Teilen nicht konsentiert, wie wesentliche Gruppierungen der Protestbewegung, der beurteilt die Demokratie von einer anderen politik-logischen Ebene, nämlich vom Standpunkt der systemgegenerischen Fundamentalopposition, aus. Insofern kann es kaum Gemeinsamkeiten geben zwischen demokratie-konformen und system-gegenerischen Vertretern innerhalb der »Bewegung«. Insofern ist aber auch das Koalitionsproblem zwischen linker Sozialdemokratie und linker Protest-Bewegung nicht verhandlungsmäßig zu regulieren; entweder werden die linken Sozialdemokraten linksradikale Systemgegner, verlassen also damit den Boden des »demokratischen Sozialismus«, oder aber die links-utopischen Protest-Gruppierungen nähern sich in Richtung auf demokratie-immanente Positionen, verlassen damit aber zugleich den Boden ihrer ideologischen Prinzipien und verlieren dadurch in ihrer eigenen Gruppierung, Basis, Anhängerschaft an Glaubwürdigkeit. Insofern ist »die Bewegung«, soweit sie politisch engagiert und organisiert ist, mehr als nur eine neue vierte Partei – mehr als nur eine Antipartei-Partei; sie ist tatsächlich ein systemfeindliches Phänomen. Ob dieses Phänomen nun als quasi-faschistisch oder als prä-totalitär zu qualifizieren ist, braucht beim derzeitigen Entwicklungs- und Beobachtungsstande noch nicht eindeutig entschieden zu werden. Tendentiell jedoch haben mutige Männer wie der Sozialdemokrat *Holger Börner* recht und es auch zu Recht – im Gegensatz zu manchen modischen Meinungen in ihrer Partei – ausgesprochen, daß die antiparlamentarische Grundausrichtung der Grünen ein faschistisches Element darstelle.

---

<sup>48</sup> Vgl. die Feststellungen der Enquête-Kommission zur Verfassungsreform, Anmerkung 15.

#### 4. Ausblick:

#### *Utopie, Pseudo-Moral und Weiterentwicklung der Bewegung*

Die demokratie-theoretische Rigorosität der Grünen und ihrer Bewegung stellt aber nicht nur eine wichtige theoretische Position dar, sondern erweist sich auch als sozial-formierende Kraft: Derartige konsequente Positionen bieten zugleich – da sie als Maßstab für die Bewertung der unzulänglichen Alltagsverhältnisse herhalten – die Legitimationsbasis für politisch-moralische Entrüstung. Im gebildeten und halbgebildeten Bürgertum finden solche Moralpositionen eine wirkungsvolle Resonanz. Parteigruppierungen, die solche Zusammenhänge zu artikulieren vermögen, können dadurch noch Anhängerschaften gewinnen, die bis dahin ihnen entfernter stehen. Insbesondere jugendliche Jahrgänge sind hierfür motivierbar, da sie (allein schon von der Psyche ihres Lebensalters her) idealistische Bevölkerungsgruppen bilden. Kommen Intellektualität der Bildungsherkunft und Bürgerlichkeit der Moral hinzu, dann sind die Rekrutierungspotentiale noch leichter zu mobilisieren.

Deshalb war es schon in den 60er Jahren gewissermaßen ganz »logisch«, und zwar nicht etwa im Sinne eines metaphysischen Geschichtsprozesses, sondern schlicht wegen der inhaltlichen Systematik der system-philosophischen Zusammenhänge – oder einfacher ausgedrückt: es war ganz »natürlich« und plausibel –, wenn es die studentische Jugend war, die sich damals mit dem Phänomen des vermeintlichen sittlichen Verfalls der Demokratie befaßte, die dann auch am Ende der 70er Jahre wieder zur Bewegung stieß, ja diese initiierte. Konfrontiert mit der Realität der parlamentarischen Demokratie und mit deren ebenfalls »natürlichen«, aus der Eigendynamik sozialer Systeme resultierenden, Verwerfungen, erarbeitete sie sich damals wie jetzt ihre idealistischen Maßstäbe und legte diese an die alltags-politische Realität an. Damit allerdings mißverstand sie diese Wirklichkeit nicht nur (bei aller Berechtigung gegenüber der Notwendigkeit von Reformen und Verbesserungen), sondern kam – dem Zeitgeist gemäß – letztendlich bald auch zu einer Mißbilligung und moralischen Verurteilung der repräsentativen Demokratie.

Daß eine solche Umwertung – verglichen mit den Bewertungskriterien der älteren, die Kriegstrümmer aufarbeitenden und aufbauenden Generation des ersten Nachkriegsjahrzehnts, wie auch schon zu Zeiten von Studentenprotest und Außerparlamentarischer Opposition – die politische Kontroverse erneut zu einem Generationenkonflikt werden ließ, liegt auf der Hand. Auch dieses Phänomen dauert an: Der politische Generationenkonflikt hat sich auf die politische Gegenwart weitgehend

übertragen, auch wenn die Formen und Inhalte der Auseinandersetzungen sich in den beginnenden 80er Jahren gewandelt haben und die Trägergruppen personell ausgewechselt worden sind. In der Moralisierung der Politik – die bis zur Weinerlichkeit vorkommt, wenn die grünlinken Bewegungsangehörigen in Unterlegenheitssituationen geraten (etwa bei Demonstrationen oder in der theoretischen Debatte) – liegt ein psycho-sozialer Mechanismus, der Anhängerschaften motiviert und neue Gefolgsleute rekrutiert.

Auch insofern ist mit der Weiterexistenz der Bewegung zu rechnen, was nicht nur der Zulauf aus der alternativen Subkultur, die fortgesetzte Militanz der »Gewaltfreien« und alle demoskopischen Prognosen erweisen, sondern was auch in der Eigendynamik solcher Bewegungen begründet liegt. Mit ihr und ihrer Parteiorganisation der Grünen ist nicht nur eine neue Kraft in den Bundestag eingezogen, sondern ist nichts Geringeres als der Einbruch der Irrationalität in die Politik der Bundesrepublik Deutschland gelungen. Deshalb muß man sich – was hier versucht wurde – mit dem Sozialphänomen, seiner zeitgeschichtlichen Dimension und seinen politischen Ideen auseinandersetzen. Seine Weiterexistenz ist zugleich ein signifikanter Indikator dafür, daß das politische System in eine neue, weil neu strukturierte, Ordnung und damit in die dritte Phase seiner Geschichte eingetreten ist.